

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,30 M. monatlich 1,10 M.
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 13. August 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Erfolgreiches Vordringen im Osten.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. August 1915. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Argonnen eroberten wir nördlich von
Bienne-Le-Chateau eine französische Befestigungsgruppe,
das „Martinswerk“, machten vierundsechzig unbeschadete
Gefangene, darunter zwei Offiziere, und erbeuteten zwei
Maschinengewehre und sieben Minenwerfer.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Hindenburg.

In Kurland und Samogitien ist die Lage
unverändert.

Südlich des Njemen schlugen Truppen der
Armee des Generals v. Eichhorn einen mit erheblichen
Kräften am Dawina-Abchnitt unternommenen Angriff
blutig ab. Der Gegner ließ siebenhundert Gefangene
in unseren Händen.

Die Armee des Generals v. Scholtz nahm
den Brückenkopf von Wigna an und warf südlich
des Narew den Feind über den Gacsluf. Seit dem
8. August machte die Armee viertausendneun-
hundertfünfzig Mann, darunter elf Offiziere,
zu Gefangenen und erbeutete zwölf Maschinengewehre.

Die Armee des Generals v. Gallwitz stürmte
Zambrow an und drang weiter südlich unter ständigen
Kämpfen über Andrzejew in östlicher Richtung vor.

Vor Nowo-Georgiewsk nichts Neues.

Eine unserer Luftschiffe belegte den Bahnhof
Wialystok mit Bomben. Größere Explosionen wurden
beobachtet.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Unter vielfachen Kämpfen mit feindlichen Nachhut-
en wurde die Verfolgung fortgesetzt und der Muchawka-
Abchnitt überschritten. Lukow ist besetzt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Mackenien.

Nachdem die verbündeten Truppen an mehreren
Punkten in die zähe verteidigten feindlichen Stellungen
eingebrochen waren, sind die Russen seit heute nacht auf
der ganzen Front zwischen Bug und Par-
czew im Rückzug.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. August. (W. Z. V.) Amtlich wird ver-
lautbart: 12. August 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die nördlich des unteren Wieprz verlaufenden öster-
reichisch-ungarischen Kräfte haben heute Lukow ge-
nommen und die Wyszeha westlich Radzyn über-
schritten. Zwischen der Podmienica und dem Bug wurden
gestern die Russen von unseren Verbündeten an mehreren
Stellen geworfen. Der Feind räumte heute früh das Ge-
schichtsfeld und zieht sich zurück. Sonst ist die Lage unver-
ändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstentländischen Front wurde in der vergangenen
Nacht ein größerer feindlicher Angriff gegen den vorspringen-
den Teil des Plateaus von Dobersdo und zwei Fortsätze bei
Jagora, denen untertag eine heftige Artillerievorbereitung
vorangegangen war, unter großen Verlusten der Italiener
abgewiesen. Vor dem Görzer Brückenkopf herrscht
Ruhe. An den übrigen Fronten dauern die Geschichtskämpfe
und Plänkelleien fort.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Höfer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 11. August früh beschossen unsere Fahrzeuge die
italienischen Küstenbahnanlagen von Mal-
fetta bis Seno San Giorgio. In Malfetta wurden
vier Fabriken und zwei Straßenbahnviadukte stark zerstört.
Ein Viadukt stürzte ein, eine Fabrik geriet in Brand. In
San Spirito sind der Bahnhof und verschiedene Depots bis
auf den Grund niedergebrannt. In Bari wurde das Kastell,
der Semaphore, die Bahn und fünf Fabriken beschossen, von
welchen letzteren eine in Flammen aufging. Ganz Bari war
in Staub und Rauchwolken gehüllt. In der Be-
völkerung herrschte Panik. Italienische Geschütze mittleren
Kalibers richteten ihr Feuer erfolglos gegen unsere Zerstörer;
auch der Angriff eines feindlichen Unterseebootes mißlang.
Der Bahnviadukt über Seno San Giorgio wurde
durch unser Feuer stark beschädigt. Unsere Fahrzeuge
sind alle völlig unversehrt heimgekehrt. Von den feindlichen
Seestreitkräften war außer dem erwähnten Unterseeboot vor
Bari nichts zu sehen. Flottenkommando.

Abrechnung in der Duma.

Die erst jetzt eingetroffenen russischen Zeitungen vom
2. August geben uns die Möglichkeit, eingehender auf die be-
deutsamste Eröffnungssitzung der Duma vom 1. August zu-
rückzukommen, als das nach den unvollständigen telegraphischen
Mitteilungen möglich gewesen ist. Zwar sind auch die in der
Petersburger Presse veröffentlichten Sitzungsberichte insofern
unvollständig, als die Reden der Vertreter der äußersten Lin-
ken, Tschcheidje und Kerenski stark gekürzt und die
Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion unterdrückt
ist. Trotz dieser Lücken jedoch entrollen die veröffentlichten
Dumaberichte ein ungemein fesselndes Bild der Gruppierung
der gesellschaftlichen Kräfte und ihres offenen Zusammen-
pralls mit den Trägern und Vollstreckern der Regierungs-
gewalt.

Die Sitzung vom 1. August kann mit Fug und Recht als
der Beginn einer neuen Abrechnung des russischen Volkes
mit seiner Regierung bezeichnet werden. Dieser Duma steht
freilich nur in sehr bedingtem Maße das Recht zu, im Namen
der Völker Rußlands zu sprechen. Vom Staatsstreich gebo-
ren, vertritt sie in ihrer übergroßen Mehrheit die engen
Schichten des grundbesitzenden Adels und der zahlungsfähigen
Bourgeoisie. Nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von
Abgeordneten vertritt die breiten Schichten der Bevölkerung,
die Arbeiter, die Bauern, die städtischen Kleinbürger. Doch
die außerordentlich kritische Lage, die der Krieg geschaffen,
hat selbst diesem Parlament, das sich bisher auf das intimste
mit der Regierung verbunden hatte, die Zunge gelöst und es
zum Sprachrohr der breiten Massen gemacht. Freilich noch
nicht in dem Maße, wie es notwendig und wünschenswert
gewesen wäre. Auch in dieser kritischen Lage verweigert die
Duma weder ihre Zustimmung noch ihre Massenzusammen-
setzung. Wenn sie auch jetzt nicht mehr als Schleppekügelin
der Gewalt auftritt, sondern der Regierung Opposition macht,
Rechnenschaft fordert, ihr Kontrollrecht ausüben will, so tut
sie das im Namen und im Auftrag der besitzenden
Klassen, die die Fortführung des Krie-
ges als eine Existenzfrage für sich und für
den von ihnen beherrschten Staat betrach-
ten, und die den Unterbau des Staates un-
gestalten wollen, weil sie durch einen inne-
ren Regenerationsprozeß die äußere Wider-
standskraft des Staates zu verstärken
trachten.

Der Verlauf der Dumasitzung vom 1. August liefert für
diese Einschätzung der Begebenheiten in Rußland zahlreiche
Belege. Der Ministerpräsident Goremykin versuchte
zwar jede innerpolitische Erörterung dadurch abzuschneiden,
daß er erklärte: „Für Programmreden über die allgemeine
Politik ist nach unserer Überzeugung jetzt nicht die geeignete
Zeit. Die Arbeit zur Verbesserung der russischen Lebens-
bedingungen in Friedenszeit gehört der Zukunft, und diese
Arbeit wird vollzogen werden unter Ihrer unmittelbaren Be-
teiligung.“ Doch diese Worte fanden nur den Beifall der
Rechten und eines Teils des Zentrums, und fast alle Reden
der Parteiführer gingen weit über die Grenzen hinaus, die
der Ministerpräsident ihnen zu ziehen versuchte.

Man kann die parteipolitischen Bestrebungen in der
Duma folgendermaßen charakterisieren: Die äußerste
Rechte vertraut der Regierung nach wie vor und fordert
nur noch eine Verschärfung der nationalistischen, reaktionären
Politik. Die Nationalisten und Oktoberisten, d. h.
die überwiegende Mehrheit der bisherigen Regierungsmajo-
rität, bilden den eigentlichen Kern der parlamentarischen
Kriegspartei. Sie sind für den „Krieg bis zum siegreichen
Ende“, sie kritisieren die Regierung, weil sie das Land nicht
genügend gerüstet hat, sie gewähren ihr noch eine Galgen-
frist, in der sie im Verein mit den Parteien die Fehler auf-
machen soll, und sie sind endlich für einen milderen, versöhn-
licheren Kurs in der inneren Politik, weil sie den „Burg-
frieden“ als ein notwendiges Kriegsmittel betrachten, das
nur durch Konzessionen aufrechterhalten
werden kann. Die liberale Opposition hat sich in
zwei gleich starke Gruppen gespalten. Die Kadetten-
partei verlangt Amnestie und eine Anzahl innerer Refor-
men. Sie schmiegt sich aber dem bestehenden Kräfteverhältnis
in der Duma an und läßt aus Gefälligkeit gegenüber den
Oktoberisten und Nationalisten die Forderung eines verant-
wortlichen Ministeriums fallen. Weil konsequenter und ent-
schlossener sind die Progressisten, die bisher gemäßig-
ter als die Kadetten waren. Gestützt auf einflußreiche Schich-
ten des Industrie- und Finanzkapitals, die entschlossen die
Scherwenke anstreben, lehnen die Progressisten zurzeit die
schwankende Opportunitätspolitik ab, die der Führer der Ka-
dettenpartei Miljukow gegen den Willen einer starken Min-

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 11. August. (W. Z. V.) Bericht des
Generalstabes des Generalissimus. Auf den
Strachen nach Riga wiesen unsere Truppen am Abend
des 9. August mit Erfolg feindliche Angriffe an der Sdau ab.
In der Richtung auf Jacobstadt warfen wir die Deutschen
aus der Gegend von Schönberg zurück. In der Richtung von
Dünaburg nach Boniwic bedrängten wir andauernd den auf
dem Rückzug befindlichen Feind. An einigen Stellen
müssen wir Abteilungen des Feindes, die hartnäckig
Widerstand leisten, mit dem Bajonett vertreiben. Bei
Skowno erneuerten in der Nacht zum 10. August die
Deutschen ihren hartnäckigen Sturm gegen unsere westlichen
Werke und begannen auch am Morgen darauf wieder ihre
Angriffe. Bei Gegenangriffen der Besatzung wurden drei
deutsche Bataillone fast vollständig vernichtet. Wir machten
an hundert Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. In
der Richtung Ostrolenka—Rozan—Pulstau dauert
die hartnäckige Offensive der Deutschen an. Unsere Truppen
leisten trotz ihrer Verluste, in unaufhörlichen Kämpfen mit
einem Feinde, der Verstärkungen erhält, ihm auf der ganzen
Ausdehnung der Front vom Narew bis zum Bug energischen
Widerstand. Bei Nowo-Georgiewsk wurde die von den
Deutschen nach starker Artillerievorbereitung gegen unsere süd-
lichen Befestigungen unternommene Offensive durch das Feuer der
letzteren zum Stehen gebracht. Auf den Strachen an der mittleren
Weichsel Vorpustengefächte. Auf den Strachen vom Wieprz
nach Lukow und Wlodawa wiesen unsere Truppen am
10. August Angriffe des Gegners zurück. Die von Cholm
vorrückenden Deutschen wurden zum Fluße Uhera zurück-
geworfen. In der Gegend von Wladimir—Wolynsk
bedrängte unsere Kavallerie den Feind. Am Dnjepr
dauerte der am 8. August in der Gegend des Nebenflusses
Strypa begonnene Kampf den ganzen folgenden Tag an, bei

welchem die Oesterreicher wieder Explosivgeschosse zu ver-
wenden begannen. Gegen Abend wurden ihre Angriffe an-
gehalten.

Die Räumung von Dünaburg.

London, 12. August. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau
erfährt aus Petersburg: Auch die Beamten bereiten sich darauf
vor, Dünaburg zu verlassen. Die Militärbehörden rufen die
Männer vom 17. bis 45. Lebensjahre für Feldarbeit auf. General
Ruzki hat mit dem Distriktsgeneral die Stadt besucht.

Zur Versenkung des Hilfskreuzers „Ramses“.

London, 12. August. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau
meldet amtlich: Das britische bewaffnete Patrouillenschiff
„Ramses“ ist am 8. August von dem deutschen Hilfskreuzer
„Meteor“ in den Grund gebohrt worden. Vier Offiziere und
39 Mann wurden gerettet. Als der „Meteor“ später ein
britisches Kreuzergeschwader herankommen sah, sah der
Kommandant ein, daß ein Entkommen unmöglich sei, befahl
der Besatzung, das Schiff zu verlassen und versenkte es.

Neue Kriegsanleihe von 10 Milliarden.

Berlin, 12. August. (W. Z. V.) Dem Vernehmen nach wird
in dem heute vom Bundesrat angenommenen Entwurf eines Gesetzes
betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat
für das Rechnungsjahr 1915 ein neuer Kredit von zehn
Milliarden Mark gefordert.

berheit seiner Partei eingeschlagen hat. Eine Sonderstellung nehmen die beiden Parteien der äußersten Linken, die aus radikalen Bauern bestehenden „Arbeitsgruppe“ und die sozialdemokratische Fraktion ein, die sich und entschlossen ihren seit Beginn des Krieges proklamierten Standpunkt einhalten und dem Kriegswillen der bestehenden Klassen den Friedenswillen des werktätigen Volkes gegenüberstellen.

Leider sind wir zurzeit nicht in der Lage, die Ausführungen und Erklärungen der Redner der äußersten Linken unferfälscht wiederzugeben. Wir wissen nur, daß Genosse Tschichitsche die innere Politik der Regierung und namentlich die Verfolgungen der Juden und der Kaufleute mit scharfen Worten geißelte. In leidenschaftlicher Empörung wies er die Reden der bürgerlichen Parteiführer zurück, die von ihrer „Einmütigkeit“ mit der Arbeiterklasse sprachen. Den Burgfrieden bezeichnete er als einen Humbug, mittels dessen die Regierung und die herrschenden Parteien ihre Stellungen befestigten. Ueber die Rede von Kerensti, dem Führer der „Arbeitsgruppe“, wissen wir vorläufig nur, daß er sich im Senatorenfonente befand, die Zensur habe seine Friedensforderungen aus der Rede gestrichen. Indirekt charakterisiert das liberale Hauptorgan „Reich“ die beiden erwähnten Reden, indem sie schreibt: „Die Reden der Herren Kerensti und Tschichitsche gingen nach der ihnen zugrunde liegenden Idee völlig über den Rahmen der allgemeinen Stimmung hinaus, indem sie sich der bekannnten Stellung des internationalen Sozialismus angeschlossen.“ Die äußerste Linke in der Duma betonte also in dieser Sitzung ihren kriegsfeindlichen Standpunkt.

Um nun noch kurz die verschiedenen Nuancen in der Haltung der bürgerlichen Parteien zu kennzeichnen, seien die wichtigsten Äußerungen der Parteiführer wiedergegeben. Graf W. Bobrinski erklärte im Namen der Nationalisten: „Das Land braucht innere Reformen. Aber diese Reformen können nur verwirklicht werden, wenn der Augenblick des Sieges eintritt.“ Im Interesse des Krieges verlangte er, daß die Regierung der „Geißel“ entgegenkomme, nur in diesem Falle werde seine Partei mit der Regierung gehen. Weit schärfer sprach schon der Redner der Oktoberisten, der frühere Berichterstatter der Militärkommission Sjawitsch. Die Schuld liege nicht bloß auf dem Militärressort, sondern auf der gesamten Regierung, die die Forderungen der dritten und vierten Duma unberücksichtigt gelassen habe. „Diese Differenz zwischen der Gesellschaft und der Regierung ist der Hauptgrund der Schwäche der Regierung und des ganzen Staates.“ Für die jetzt zum Teil erneuerte Regierung trage die Duma keine Verantwortung, sie werde sie aber unterstützen, um den Sieg über den äußeren Feind zu organisieren. Der Redner der Kadettenfraktion Professor Miljukow geißelte die parteipolitische Ausbeutung des Burgfriedens, die Sehe gegen die Juden, die Verurteilung und Verbannung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten. Er wies die Erklärung des Ministerpräsidenten zurück, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, programmatische Reden zu halten. Er begnügte sich aber, die Forderungen aufzustellen, daß die örtliche Administration erneuert, eine kleine Verwaltungseinheit eingeführt, die Aufhebung des Branntweinmonopols gesetzlich festgelegt, die Familien der Kriegsteilnehmer mit Land versorgt, ein Genossenschaftsgesetz erlassen, sozialpolitische Gesetze für die Arbeiter und Angestellten ausgearbeitet und politische Amnestie gewährt werden solle. Weit schärfer ging der Redner der Progressisten Jekremow vor. Nach einer glühenden Anklage gegen die Regierung erklärte er, die Duma könne nur in dem Falle die Regierung unterstützen, wenn die Regierung offen die Autorität der Duma anerkennen, sich ihrer Kontrolle und Leitung unterwerfen und ihre Verantwortung vor der Volksvertretung proklamieren würde. Die bisherigen Forderungen im Ministerkabinett genügt nicht, es müsse ein nationales Verteidigungsministerium aus Vertretern aller Parteien eingesetzt werden, das vor der Volksvertretung verantwortlich sein müsse. — Geht diese Forderung zurzeit auch weiter als die Duma bisher zu fordern gewagt hat, so zeigt sie doch den Weg, den selbst die bürgerlichen Parteien in der Duma unter Umständen zu beschreiten bereit sind.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 12. August. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Im Artois während der Nacht lebhaftes Kanonade am Souchez. Ein deutscher Angriffsvorstoß mit Betarden wurde abgeschlagen. In den Argonnen meldet man sehr heftiges Bombardement unserer Stellungen östlich der Straße Vienne le Château-Vinarville. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Paris, 12. August. (B. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend. Im Artois Artilleriekämpfe, im Abschnitt nördlich von Arras. In den Argonnen nahm die in dem vorigen Bericht gemeldete Beschließung an Stärke zu, unter reichlicher Verwendung von Granaten mit erstickenden Gasen. Bei Tagesanbruch folgte ihr ein sehr heftiger deutscher Angriff, welcher von mindestens drei Regimentern ausgeführt wurde, gegen unsere Stellungen zwischen der Straße Vinarville—Vienne le Château und der Schlucht von la Houvette. Im Zentrum dieses Abschnittes gelang es den Deutschen, in unsere Stellungen einzudringen. Sie wurden durch Gegenangriffe im Laufe des Tages wieder daraus verjagt und befielen nur ein Stück unserer Schützengräben der ersten Linie. Wir machten Gefangene, welche einem württembergischen Korps angehören. Weiter östlich bei Fontaine aux Carmes richtete der Feind ebenfalls einen Angriff gegen unsere Schützengräben, welcher vollkommen zurückgeschlagen wurde. Im Priesterwald und in den Vogesen am Linge- und Hülsenfurst ziemlich heftige Kanonade.

Der italienische Krieg.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 11. August. (B. L. V.) Amtlicher Heeresbericht von gestern. In Cadore versuchte der Gegner, während die wirksame Aktion unserer Artillerie gegen die mächtigen Sperrarbeiten in den Hochtälern andauerte, durch häufige

aber vergebliche Angriffe uns aus gewissen, kürzlich eroberten Stellungen zu verjagen. So haben am 9. August unsere Truppen einen Angriff im Sertental gegen die Front von Rimbianco und ein in Massen durchgeführtes Vorrücken des Feindes vom Freitofel zurückgewiesen. In Kärnten meldet man heftige Aktionen unserer Artillerie und längs der ganzen Front ein geringes Vorrücken der Infanterie. Der Gegner versuchte auch, aber ohne Erfolg, vor unseren Schützengräben am Monte Medardi bewegliche Drahtverhaue zu errichten. Bei Plava haben unsere Truppen gestern in der Dämmerung mit Erfolg einen doppelten feindlichen Angriff, unterstützt durch zahlreiche Artillerie, zurückgeschlagen. Auf dem Karst sind unsere Truppen, nachdem in der Nacht zum 10. August ein Angriff in der Gegend des Monte dei sei Dusi zurückgewiesen worden war, am Morgen zur Gegenoffensive übergegangen und haben auf einigen Punkten der Front merkwürdige Vorteile erlangt. Der Plan der Infanterie war derart, daß es zwei Kompagnien gelang, mit dem Bajonett eine stark verschonte, vor der feindlichen Front gelegene Höhe zu erobern. Wegen des gewaltigen konzentrierten Artilleriefeuers und eines kräftigen Gegenangriffes des Gegners konnte die Stellung nicht behauptet werden. Immerhin genügte der Widerstand unserer Truppen, die sich in die starken eroberten Stellungen zurückgezogen hatten, um den feindlichen Gegenangriff zu hemmen. In dem Abschnitt von Monfalcone hat die österreichische Artillerie ihr Feuer erneuert, aber diesmal ohne jedes Ergebnis.

Meldungen der italienischen Admiralität.

Rom, 11. August. (B. L. V.) Der Chef des Admiralsstabes teilt mit: Heute morgen haben zwei österreichisch-ungarische Torpedobootszerstörer Kanonenschiffe auf Bari abgegeben, ferner auf Santo Spirito und Molfetta. Eine Zivilperson wurde getötet und sieben verwundet. Materialschaden wurde nicht verursacht. — In den Gewässern des Adriatischen Meeres wurde das österreichisch-ungarische Unterseeboot U 12 von einem unserer Unterseeboote torpediert. Es sank mit der ganzen Besatzung.

Der türkische Krieg.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 12. August. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront wiesen wir am 10. August vier feindliche Angriffe auf unsere Stellungen zurück: Der Feind verlor dreitausend tote bei einem Angriff gegen eine türkische Division. Unsere Truppen machten einen Gegenangriff, warfen den Feind aus seinen Stellungen und nahmen zwei Maschinengewehre. Bei Seddul Bahr ließ der Feind am 10. August nachmittags vor unserem rechten Flügel zwei Minen springen und griff an, wurde aber mit Verlust zurückgeschlagen. Am 11. August vormittags vernichteten wir eine feindliche Streitmacht, die auf eine Kompanie geschätzt wurde und einen Teil der Schützengräben unseres linken Flügels anzugreifen suchte, vollständig.

Von den anderen Fronten nichts Bemerkenswertes.

Die Kämpfe an den Dardanellen.

Konstantinopel, 12. August. (B. L. V.) Nach zuverlässigen Ergänzungen und Nachrichten über die Landungen der Engländer am 6. und 7. August läßt sich behaupten, daß diese Operationen nicht die Bedeutung besitzen, die ihnen die Engländer und Franzosen zuschreiben wollen. An der Landung in Kerethi-Ali an der Nordküste des Golfes von Seros waren kaum 850 Mann beteiligt, die rasch in die Schiffe zurückgeworfen wurden und etwa zwanzig tote zurückließen. Nicht ein einziger Mann der feindlichen Abteilung ist an der Küste zurückgeblieben. Eine bedeutendere Landung hat am Golf von Anaferta stattgefunden. Die gelandeten englischen Truppen, ungefähr 1500 Mann, gingen zunächst in südwestlicher Richtung gegen Mesamtepe zweifellos in der Absicht vor, die bei den Stellungen von Ari Vurnu aufgestellten türkischen Truppen in der Flanke zu fassen. Aber dank der Schneidigkeit und des Ungefühls unserer Truppen ist der Vormarsch des Feindes aufgehalten und sind die feindlichen Truppen sodann zurückgetrieben worden. Fest steht, daß auch an diesem Punkte dank der verfügbaren starken türkischen Reserven keine Gefahr besteht, daß der Feind Fortschritte macht.

Wie aus Erzerum gemeldet wird, hat eine kleine türkische Abteilung im Küstenabschnitt einen Überfall ausgeführt, wobei sie dem Feinde beträchtliche Verluste zufügte und eine große Menge Waffen und Munition erbeutete. Die in den letzten Kämpfen auf dem türkischen rechten Flügel gemachten Gefangenen, 264 an der Zahl, darunter 5 Offiziere, sind in Erzerum eingetroffen.

Eine halbamtliche Notiz über den Untergang des Linien Schiffes „Barbaros Bairaddin“ stellt fest, daß es mehrere Male an den Dardanellenkämpfen teilgenommen, mit großem Erfolg Kanonendonnen dem bei Ari Vurnu gelandeten Feinde große Verluste beibrachte, mehrere Transportschiffe und einen Torpedobootszerstörer des Feindes in den Grund gebohrt, einen der Landungsplätze in Ari Vurnu zerstört und sechs Unterseeboote, mit denen der Feind in das Marmarameer einzudringen versuchte, um den „Barbaros“ zu versenken, vernichtet hat. Nach so vielen Erfolgen des „Barbaros“ ist es schließlich feindlichen Unterseebooten gelungen, zum erstenmal das türkische Linien Schiff zu treffen.

London, 12. August. (B. L. V.) Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Gestern dauerte der erbitterte Kampf auf Gallipoli, namentlich in der von dem australisch-neuseeländischen Armeekorps besetzten Zone und im nördlichen Abschnitt bei Baba Tepe fort. Die Australier und Neuseeländer vermochten das besetzte Gebiet ungefähr zu verdreifachen, während wir nach Norden hin keine weiteren Fortschritte machten. Die Truppen fügten dem Feinde schwere Verluste zu. Das französische Schlachtschiff „St. Louis“ muß, wie gemeldet wird, fünf von sechs Kanonen einer an der asiatischen Küste gelegenen Batterie zum Schweigen gebracht haben.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootskrieg.

Bergen, 11. August. (B. L. V.) Der Bergener Dampfer „Aura“ ist heute früh von einem deutschen U-Boote vor Narvik torpediert worden. Die „Aura“ war mit Holz nach England unterwegs.

London, 12. August. (B. L. V.) Nach einer Lloydsmeldung sind die Fischerfahrzeuge „Utopia“, „Oceangift“, „Esterast“, „George Vorrow“, „Young Admiral“, „George Crabbe“, „Illustrious“, „Calm“, „Tresaire“ und

„Welcome“ versenkt und die Besatzungen gerettet worden. Das gleiche Schicksal erfuhr auch der britische Dampfer „Oakwood“ und die norwegische Bark „Morina“, deren Besatzungen gleichfalls gerettet worden sind.

Aus belgischen Archiven.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ setzt ihre Veröffentlichungen aus belgischen Archiven fort und bemerkt dazu einleitend:

Die zweite Hälfte des Jahres 1900 und das Jahr 1910 war vom belgischen Standpunkt aus gesehen ein politisch stilles Jahr, was die Tatsache erklärt, daß die uns vorliegenden belgischen Depeschen aus dieser Zeit wenig ausgiebig sind. Wir beschränken uns darauf, aus diesem Zeitraum einen Bericht Baron Greindls wiederzugeben, der der Potsdamer Begegnung zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und dem Zaren gewidmet ist.

In Wirklichkeit war aber das Jahr 1910 für Deutschland politisch nicht ohne Bedeutung, weil damals der in Reval besiegelte politische Zusammenschluß Rußlands und Englands im Orient dieselben Früchte zu zeitigen begann, die das Zusammengehen Englands und Frankreichs in Marokko hervorgebracht hatte. Hier wie dort zeigt sich das Bestreben der Ententemächte, die freie wirtschaftliche Betätigung Deutschlands zu behindern. Im Frühjahr ließ die englische Regierung die deutsche Regierung wissen, daß sie zu einer Erörterung der die Bagdabahn und Persien betreffenden Fragen bereit sei. Deutscherseits bestand der Wunsch, sowohl mit England als mit Rußland zu einem Abkommen zu gelangen, das unter billiger Rücksichtnahme auf die besonderen Interessen beider Mächte in Persien deutschem Kapital einen Anteil an der wirtschaftlichen Erschließung des Landes sichern sollte. Die englische Anregung bot der kaiserlichen Regierung eine willkommene Gelegenheit, Sir E. Grey ihren Standpunkt in der Bagdabahn- und der persischen Frage darzulegen. Bald darauf wurde der kaiserlichen Regierung indessen bekannt, daß die englische Regierung den Versuch gemacht hatte, von der türkischen Regierung die Konzession zu einer Konkurrenzbahn für die Bagdabahn zu erlangen, und daß beide Mächte an die persische Regierung die Forderung gestellt hatten, die Erteilung aller Konzessionen für Eisenbahnen, Straßen, Telegraphen, Hafenbauten und Schiffahrtslinien in den Interessensphären der beiden Mächte in Zukunft von deren Placet abhängig zu machen. Es bedurfte sehr ernster Vorstellungen in London und St. Petersburg, um beide Regierungen zu dem Jugeständnis zu veranlassen, daß sie auf die Beantwortung der ihre Forderungen formulierenden Note durch die persische Regierung Verzicht leisteten.

So standen die Dinge, als im Frühjahr 1911 die Zuspitzung der Lage in Bezug den französischen Kolonialpolitikern die Handhabe bot, um das Kabinett Bonis unter dem Vorwand der Gefährdung der französischen Militärmission, wie überhaupt der Europäer in Bezug, zu dem folgenschweren Entschluß zu bestimmen, mit größeren Mitteln die Ruhe wiederherzustellen.

Damit war eine Lage geschaffen, die die deutsche Regierung um so weniger ruhig zusehen konnte, als unter diesen Umständen mit einem allgemeinen Auslösen fanatischer Volkseigenschaften in ganz Marokko gerechnet werden mußte. Die angelegliche Gefährdung der Europäer in Bezug konnte zu einer wirklichen Gefährdung aller Fremden in vielen Teilen Marokkos den Anstoß geben. Nicht überall aber standen französische Truppen bereit. Sollte die kaiserliche Regierung die im Süden des Landes lebenden Deutschen und die dort vorhandenen großen wirtschaftlichen Interessen nicht ungeschützt lassen, so mußte sie mit eigenen Nachmitteln eingreifen. E. M. S. „Kontter“ wurde mit dieser Aufgabe betraut.

Die Ernennung Delcassés zum Marineminister veranlaßt Baron Greindl zu der Bemerkung, daß Delcassé sich damit gebrüstet hat, einen aggressiven Bund gegen Deutschland zusammengebracht zu haben. In einem Bericht vom 4. März 1911 erwähnt Baron Guillaume, daß in Deutschland längs der französischen Grenze andauernd eine regelrechte Propaganda getrieben werde, um Defektionen aus der deutschen Armee in die französische Fremdenlegion herbeizuführen. In einer Besprechung der Rede, die Sir E. Grey am 18. März gehalten und in der er auch die deutsch-englischen Beziehungen berührt hatte, meinte Baron Greindl, die Rede sei in Deutschland mißtrauisch aufgenommen worden. Es sei das verständlich, zumal die englische Regierung sich noch ganz kürzlich an der Bissinger Intrige beteiligt habe. „Den Beweis dafür haben wir in der Demarche, die Sir W. Garding (damals englischer Gesandter in Brüssel) bei Ihnen (dem belgischen Minister des Auswärtigen) machte, um zu versuchen, uns mit hinzuzuziehen.“ Trotzdem suchte er noch Anzeichen für eine mögliche Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, die, falls sie erfolge, die Sicherheit Belgiens wesentlich erhöhen würde.

Sehr bald danach aber mußte der Gesandte auf neue drohende Verwicklungen hinweisen. Die marokkanische Frage tauchte wieder auf. Herr Cambon wies in Berlin darauf hin, daß Frankreich genötigt sein könnte, einzuschreiten, um dem bedrängten Sultan Hafid zu helfen. Ohne Zweifel, so meinte Greindl, handele es sich um Annexionspläne, denn Frankreich habe die Algecirasakte mit der festen Absicht unterzeichnet, sie niemals zu beachten. Auf einen Krieg wegen Marokko werde Deutschland es nicht ankommen lassen. Deutschland habe nur seinerzeit dem König von England und Herrn Delcassé beweisen wollen, daß es sich nicht als quantité négligeable behandeln lasse. Die korrekte Sprache Herrn Wichons habe stets im Widerspruch zu seinen Taten gestanden. Wollte die französische Regierung einen Konflikt vermeiden, so müsse sie viel Vorsicht und scheinbare Mäßigung zeigen, wenn Deutschland nicht gezwungen werden sollte, aus seiner passiven Haltung herauszutreten.

Daran aber ließ es bekanntlich Frankreich gerade fehlen. Noch am 1. Mai glaubte Greindl nicht, daß eine Besetzung von Bezug in der Absicht Frankreichs liege; die Unabhängigkeit des Sultans sei ein wesentlicher Bestandteil der Algecirasakte. Deisel sei jedoch die Lage jedenfalls.

Graf Dalain weist am 9. Mai gleichfalls auf die Gefahren hin, die eine Besetzung von Bezug nach sich ziehen könne. Er sagt wörtlich: „Eine Besetzung von Bezug, die beispielsweise allzusehr den Anschein einer endgültigen erweckte oder einen Verstoß gegen den Geist, wenn nicht gegen den Buchstaben der in Algeciras eingegangenen Verpflichtungen, könnte Berlin eine Gelegenheit zum Eingreifen bieten.“

Ende Mai rückten französische Truppen in Bezug, Mitte Juni in Meknes ein. Das französische Vorgehen hatte die Okkupation von Larasch und Sstazar durch die Spanier zur Folge, und das gab das interessante Schauspiel, daß der französische Vorkämpfer Spaniens bestmogen bei der deutschen Regierung anzuschwärzen bemüht war.

Der 2. Juli bringt die erste belgische Neuherung über die Sendung des „Panther“. Auch hier nimmt Herr Guillaume für das gute Recht Deutschlands Stellung. Er schreibt: „Für die, die zugeben, daß Frankreich ohne ernste Gründe nach Bezug ging, ist es klar, daß es schwerlich dort wieder herausgehen wird oder aber sich gezwungen sehen wird, dorthin zurückzukehren, und daß es auf diese Weise den Geist des Vertrags von Algeciras verliert. Wenn Deutschland angesichts dieser Tatsachen eine „Kompensation“ fordert, so bedeutet dies, daß es nicht erzwingen will, daß Frankreich zurückweicht, aber auch selbst nicht die Absicht hat, sich in Agadir festzusetzen. Aber es ist der Ansicht, daß die Regierung der Republik ein vereinbartes Gleichgewicht der Kräfte gestört hat, und fordert seinen Anteil.“

Treffender konnte der deutsche Standpunkt gar nicht dargestellt werden. Während aber der den Ereignissen nur als Zuschauer beizuhörende belgische Diplomat so klar und richtig urteilt, hält die englische Regierung es für richtig, durch Herrn Lloyd George in öffentlicher Rede Deutschland eine Warnung erteilen zu lassen, die als Bedrohung und Provokation einer anderen Nacht wohl ohne Beispiel in der Geschichte dasteht.

Baron Guillaume erkannte von seinem Pariser Standpunkt aus ganz richtig, daß Frankreich viel geringere Ausflüchte habe, sich mit Deutschland zu verständigen, wenn England an der „Konversation“ teilnehme. Auch ist er davon unterrichtet, daß es England gewesen war, das von vornherein Oel in die Flamme hätte gießen wollen durch die Entsendung von Kriegsschiffen nach Agadir.

Interessant ist die Bestätigung, die wir durch Graf La Laing von den damaligen, von englischer Seite so oft in Abrede gestellten Kriegsvorbereitungen Englands erhalten. „Ich habe“, so schreibt der Gesandte vom 18. November, „aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren, daß die Offiziere des aktiven Heeres damals plötzlich von ihrem Urlaub zurückberufen wurden, daß Anläufe von Pferden für die Kavallerie stattfanden und daß das Nordseegebiet zeitweise in Kriegsbereitschaft gesetzt wurde.“

Die Gesandten weisen auch auf die englische Annäherung hin, zu entscheiden, wer sich an der atlantischen Küste Marokkos niederlassen dürfe und wer nicht. Graf La Laing schreibt:

„Der Gedanke, Agadir könnte bei gewissen Eventualitäten zu einer Basis für die deutsche Flotte werden, ist geeignet, die Regierung des Vereinigten Königreichs zu beunruhigen. Die Presse erinnert daran, daß Großbritannien sich an der marokkanischen Frage zugunsten Frankreichs deshalb desinteressiert, weil die Republik ihrerseits England freie Hand in Ägypten gelassen hatte, aber daß England niemals daran dachte, Deutschland zu erlauben, in Marokko Fuß zu fassen.“

Interessant ist die Gegenüberstellung des deutschen und englischen Standpunktes durch Graf La Laing in seinem Bericht vom 28. November 1911. Die Behauptung, mit der Sir E. Grey später sein Vorgehen begründete, daß er über die deutschen Absichten nicht unterrichtet gewesen sei, widerlegt er mit der Bemerkung:

„Sir E. Grey scheint nicht verstanden zu haben, daß das Schiff sich nur vorübergehend in Agadir aufhielt.“

Als Lord Lansdowne im November im Hause der Lords das Wort ergriff, um in seiner Eigenschaft als Bearbeiter der Entente von 1904 zur Lage zu reden, mußte er auch auf die bitteren Vorwürfe erwidern, die Lord Courtney über die schädliche Politik der Isolierung Deutschlands erhob, und daß die blinde Nachgiebigkeit Englands gegenüber französischen Absichten die Schuld an der letzten Spannung trage. Graf La Laing bemerkt hierzu: „Diese unangenehmen Wahrheiten waren durchaus nicht nach dem Geschmack des Oberhauses.“

Der Bericht Baron Greindl vom 6. Dezember geht von den Reden des Reichskanzler v. Bethmann Hollweg aus, die von dem Gedanken getragen waren, daß nunmehr, nach Erledigung der Marokkoangelegenheiten, der Augenblick gekommen sei, eine neue Ära guter Beziehungen zwischen England und Deutschland einzuleiten. Vieldeutig war die Entgegnung von Grey. Er behauptete, sich über das Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich gestreut zu haben, und wies auf die Möglichkeit einer kolonialen Ausdehnung Deutschlands in Afrika hin, was Greindl zu der bitteren Bemerkung veranlaßt:

„Sind es vielleicht unsere Besitzungen, die er nach den Prinzipien des neuen internationalen Rechts verschachern will? wie man es in London und leider auch anderwärts handhabt? in Marokko, Tripolis, Persien.“

Zu der Behauptung Greys, daß zwischen Frankreich und England keine Geheimverträge bestanden, schreibt Greindl:

„Die Entente cordiale ist nicht auf der positiven Grundlage der Verteidigung gemeinsamer Interessen begründet worden, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich. . . Die Entente cordiale hat in Frankreich den Gedanken an die Revanche, der geschlummert, zu neuem Leben erweckt. Ihre entstammte auch der Zustand der Unruhe und des Unbehagens, in dem Europa sich seit sieben Jahren befindet.“

Er belegt diese Sätze an der Hand der jüngsten Ereignisse und erklärt schließlich:

„Sir Edward Grey ist es ebenso wenig gelungen, nachzuweisen, daß die Rede Herrn Lloyd Georges im Mansion House keine Herausforderung und keine Drohung gewesen ist.“

Das Mißtrauen des belgischen Staatsmannes war durch den Marokkohandel offenbar noch erheblich gesteigert worden. Seine Depesche vom 9. Dezember klingt daher höchst pessimistisch aus:

„Wenn man auch den Wunsch pflichtgemäß zum Ausdruck bringt, die Beziehungen herzlicher zu gestalten, so sind sie doch von einer Besserung weit entfernt. Was aus der Rede Sir E. Greys am deutlichsten hervorgeht, ist, daß er die Politik der Tripolentente in dem Geist fortführen will, in dem er sie bisher geführt hat, das heißt in deutschfeindlichem Sinn. Zwischen den Völkern besteht ebensowenig Einverständnis wie zwischen den Regierungen. Die Engländer fahren fort, die Ausdehnung Deutschlands mit scheelern Augen zu betrachten. Der Deutsche war noch vor sechs Monaten keineswegs englandfeindlich. Jetzt ist er es geworden.“

Er konnte nicht treffender die Wirkung bezeichnen, die die Haltung Englands in der Frage von Agadir hervorgebracht hatte.

Keine deutschen Friedensvorschläge.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Von London aus ist neuerdings die noch mit allerlei phantastischen Einzelheiten ausgeschmückte Nachricht verbreitet worden, die deutsche Regierung habe in der vergangenen Woche durch Vermittlung des Königs von Dänemark in St. Petersburg Friedensvorschläge gemacht, die aber von der russischen Regierung zurückgewiesen worden seien.“

Diese Nachricht beruht auf Erfindung. Die deutsche Regierung wird vernünftige Friedensangebote, wenn ihr einmal solche unterbreitet werden sollten, gewiß nicht als limine zurückweisen. Ihrerseits Friedensvorschläge zu machen, wird die Zeit gekommen sein, wenn sich die feindlichen Regierungen bereit zeigen, das Scheitern ihres kriegerischen Unternehmens gegen uns anzuerkennen.“

Von der italienischen Parlamentsfraktion.

Lugano, 9. August. (Fig. Ver.) Die am 7. und 8. August in Florenz abgehaltene Sitzung der italienischen Fraktion hat der nationalitalienischen Presse Italiens wieder eine harte Enttäuschung bereitet. Ist es den Gegnern des Sozialismus nicht möglich gewesen zu „beweisen“, daß in Italien keine sozialistische Partei mehr existiert, so rechneten sie doch mit Sicherheit auf eine tiefe Kluft, die sich gerade während des Krieges zwischen dem Parteivorstande und der Parteilichkeit einerseits und der Fraktion andererseits bilden würde.

Nun hat aber zur großen Enttäuschung der Presse gerade in dieser Sitzung — der ersten, die sie seit Kriegsausbruch abgehalten — die Fraktion ihrer Genugtuung „über die rege Tätigkeit und Entschlossenheit der Partei“ Ausdruck gegeben und „das Exekutivkomitee der Fraktion“ beauftragt, in diesem Einverständnis mit dem Parteivorstande zu wirken, um die proletarischen Organisationen und die proletarischen Gemeindevertretungen gegen die Reaktion zu verteidigen“, zu welchem Zwecke „die Fraktion ihre sämtlichen Mitglieder dem Parteivorstande zur Verfügung stellt, in der vollen Subversität, daß durch die mächtige Einheit der sozialistischen und proletarischen Kräfte es der Partei gegeben sein werde, der gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten Herr zu werden.“

Noch verblüffender als dieser Entschluß, einig und geschlossen zu wirken, wird auf die Kriegsheter der Entschluß der Fraktion wirken, den sie in Bezug auf die Internationale gefaßt hat. In An-

schluß an den Bericht des Genossen Rogari drückte die Fraktion nämlich ihre „warme Anerkennung allen denjenigen aus, die einem, den Forderungen der Gerechtigkeit und Freiheit entsprechenden Frieden vorarbeiten“, wobei die italienische Fraktion sich vornimmt, ihre „Tätigkeit in Uebereinstimmung mit allen den alten und neuen Elementen ins Einvernehmen zu setzen, die für die Wiederaufnahme der sozialistischen Internationale wirken.“

Dieser Beschluß beweist, wie wenig sich die parlamentarische Fraktion von den Verleumdungen und dem Terrorismus beeinflussen läßt, durch die die Kriegsschreier, vor allem die ehemaligen „Revolutionsäre“, eine jede Annäherung der sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder zu verhindern suchen.

Nicht minder wichtige Beschlüsse hat die Fraktion in Fragen wirtschaftlicher Natur gefaßt.

So vor allem haben die sozialistischen Abgeordneten der Regierung ihr Bedauern ausgesprochen, daß sie die von den Sozialisten bereits vor dem Kriege befürworteten Maßnahmen noch nicht getroffen hat, um die Bevölkerung vor den Spekulant zu schützen.

In der Arbeitslosenfrage ist eine Kommission von drei Mitgliedern beauftragt worden, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die schweren Folgen der sich immer mehr zuspitzenden Krise zu lenken.

Die Fraktion beschloß schließlich auch das Eintreten für die dauernde Tagung des Parlaments, „damit einer jeden Klasse und Partei die Möglichkeit gegeben werde, die ihnen gebührenden Pflichten zu erfüllen und die dementsprechende Verantwortlichkeit dem Lande gegenüber zu übernehmen.“

Norwegische Rüstungsausgaben.

Kristiania, 12. August. (B. L. W.) Meldung des Rikshaushaus Bureau. Das Storting hat gestern nachmittag in geheimer Sitzung 9 1/2 Millionen Kronen zur Verteidigung der Kristianiafjords, ferner für die Flottenstation in Kristiania 223 000 Kronen, für die Flottenstation Trondhjem 500 000 Kronen, für die Besetzung von Velsombj 170 000 und für die Fabrikation von Torpedos 800 000 Kronen bewilligt.

Die Vierverbandsnote an die Balkanstaaten.

Paris, 12. August. (B. L. W.) Die Presse beschäftigt sich mit dem Kollektivschritt, welcher von den Vierverbandsvertretern gleichzeitig in Sofia, Risch und Athen unternommen wurde. Der Schritt sei notwendig gewesen, denn man müsse ein Eingreifen Bulgariens herbeiführen, um den russischen Heeren durch eine Diversion, in diesem Falle durch die Einnahme Konstantinopels Luft zu schaffen. Die Dardanellenexpedition schleppte sich hin. Die Mitwirkung Bulgariens würde ein wertvoller militärischer Faktor sein. Es sei nicht daran zu zweifeln, daß der Vorschlag des Vierverbandes in Athen und Risch günstig aufgenommen worden sei, denn wenn auch beide Balkanstaaten nach der Auffassung des Vierverbandes Gebiete an Bulgarien abtreten müßten, so sei ihnen andererseits ein Gebietszuwachs an anderer Stelle sichergestellt worden. Für Bulgarien biete sich jetzt die Gelegenheit, seine alten Wünsche bezüglich Mazedoniens erfüllt zu sehen. Deshalb dürfe man erwarten, daß Bulgarien den Vierverbandsvorschlag gleichfalls günstig aufnehmen werde. Sicher sei, und das sei an sich schon ein Ergebnis, daß die Unterhandlungen in einen entscheidenden Abschnitt eingetreten seien.

Paris, 12. August. (B. L. W.) Eine Note der französischen Regierung an die Presse bezüglich des Schrittes des Vierverbandes bei den Balkanstaaten hat folgenden Wortlaut: Die Verbündeten Mächte Frankreich, Rußland, England und Italien ließen den Regierungen Griechenlands, Serbiens und Bulgariens durch ihre diplomatischen Vertreter in Athen, Risch und Sofia kollektive Mitteilungen überreichen, um der Sache der Alliierten die Mitwirkung Bulgariens in gemeinsamer Verständigung mit den anderen Balkanstaaten zu sichern. Dieser Kollektivschritt der vier Mächte steht im Zusammenhang mit der von der Regierung in Sofia am 14. Juni an die französische, englische, russische und italienische Regierung gerichteten Anfrage bezüglich der Vorteile, die Bulgarien als Entgelt für seine tatsächliche Mitwirkung erwarten könne.

Russische Kriegsmassnahmen.

Kopenhagen, 12. August. (B. L. W.) „Ruskoje Slovo“ meldet aus Moskau: Ein Erlass befehligt die Einberufung des Jahrgangs 1917 zum 20. August und droht schwere Strafen für Ausbleibende an. Alle bisherigen Vergünstigungen und Befreiungen vom Dienste, insbesondere aus Rücksicht auf Familien- und Beschäftigungsverhältnisse werden aufgehoben. Die Einberufenen müssen darauf gefaßt sein, sofort in die Armee eingestellt zu werden.

Ferner hätten nach der „Ruskoje Slovo“ die vereinigten Budget- und Heeresauschüsse beschlossen, daß dem Kriegsminister ein Unterstaatssekretär für Munitionsbeschaffung beigegeben werden solle, dem ein Ausschuss aus Duma- und Reichsratsmitgliedern beratend zur Seite stehen solle.

Kampf für politische Amnestie in Rußland.

Schon die ersten Sitzungen der russischen Duma, die jetzt einer ganz neuen Situation gegenübersteht, zeichneten sich dadurch aus, daß wieder die alte Forderung erklang: Amnestie für die politischen Gefangenen und Verbannten! Wir sind dessen sicher, daß die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter und der Bauern, die sozialdemokratische Fraktion und die „Arbeitsgruppe“, die günstige politische Konstellation ausnützen werden, um dieser traditionellen Forderung der russischen Demokratie energischen Nachdruck zu verleihen. Um so peinlicher wirkt in diesem Augenblick das Vorgehen zweier früherer Dumaabgeordneter, die, ohne das moralische Recht zu haben, im Namen breiter Schichten der russischen Sozialisten zu sprechen, vom Auslande her einen offenen Brief an den Vorsitzenden der Duma gerichtet haben, der den Kampf um die politische Amnestie in ein nationalpatriotisches Fahrtwasser zu lenken sucht.

Die Urheber dieser sonderbaren Aktion, die die besten Traditionen der russischen Demokratie kompromittiert, sind die früheren Abg. Dnipo und Alexinsky. Von dem ersten ist in der letzten Zeit nur bekannt, daß er als Freiwilliger in die stonogrifische Armee eintrat und sich durch seine Tapferkeit auszeichnete. Alexinsky jedoch, der sich in der Fraktion der zweiten Duma durch seinen Hyperabulismus auszeichnete und den Führern der Fraktion das Leben sauer machte, kompromittiert in den letzten Monaten durch seinen hysterischen Nationalpatriotismus in der ausländischen wie in der inländischen Presse sowohl die Partei wie seine revolutionäre Vergangenheit. Ihn von den Hochschöhen der russischen revolutionären Parteien abzuhäuteln, ist um so mehr eine Notwendigkeit geworden, als sowohl die liberale wie die reaktionäre russische Presse ihn mit Vorliebe als Schwurzeugen des „Patriotismus“ der russischen sozialistischen Parteien anzuführen belieben. Diese Abhüttelung besorgt nun aus Anlaß des jüngsten Narrenstreiches Alexinsky das in Genf erscheinende Organ der russischen Sozialrevolutionäre „Sjisa“ (Das Leben):

„Die Forderung einer Amnestie“, schreibt das Blatt, „gehört stets zu den Grundforderungen der russischen Demokratie. Hierbei vermied jedoch diese Demokratie sorgfältig alles, was dieser Maßnahme einen mit der Würde der russischen Revolutionäre unvereinbaren Charakter einer Vergnadigung verleihen konnte. Indem sie die Revolutionäre als Kämpfer für die Rechte des Volkes betrachtete, erkannte sie sie in keiner Weise als Schuldige an und verlangte die Wiederherstellung ihrer Rechte. Durch eine solche Fragestellung beseitigte die fortschrittliche russische Demokratie jeden Schatten eines Verdachtes, als bettelte sie um eine Amnestie. Ihr war jeder Gedanke fremd, als müßte man für diese Amnestie eine Gegenleistung versprechen. Ihr Eintreten für die Amnestie war stets eine stolze Forderung, die auf der Höhe der allgemeinen grundsätzlichen Stellung der russischen Revolutionäre stand.“

Diese grundsätzliche Höhe und Reinheit findet sich nicht in dem Brief der beiden früheren Abgeordneten. Mit dem ganzen Inhalt ihres Briefes stellen sie gleichsam einen politischen Wechsel aus. Und nicht bloß in ihrem eigenen Namen.

Von einem von ihnen — von Alexinsky — haben wir nichts Besseres erwartet. Jeder seiner neuesten Schritte trägt den Stempel einer moralisch-politischen Zweideutigkeit. Es muß bedauert werden, daß es ihm gelungen ist, die Zustimmung Onipkos zu erlangen, dessen Name bisher durch nichts Ähnliches berührt worden ist. Man muß staunen, daß dieser Lehrtreue, der einer Partei angehört, die die Duma boykottiert, es für möglich gefunden hat, die Duma für diesen Zweck „auszunutzen“.

Eine Amnestie muß es in Rußland geben. Und sie wird erfolgen. Aber sie wird der erste Sieg der erwachten Volks- und Gesellschaftskräfte über das alte Regiment sein. Sie wird die Revolutionäre und Emigranten als die besten Söhne des Volkes in ihre Rechte einsehen. Sie wird ihnen die Menschen- und Bürgerrechte wiedergeben, die ihnen zu Recht gebühren. Auch wir wollen eine solche Amnestie, auch wir sind bereit für sie zu kämpfen, aber zu diesem Zweck müssen wir uns nicht an die Adresse des Dumapräsidenten wenden, sondern an eine ganz andere Adresse. Und deshalb darf man sie nicht motivieren mit dem indirekten Versprechen, den Krieg zu unterstehen, der unter dem Banner der Romanows oder der Pseudo-Romanows geführt wird.“

Das neue japanische Ministerium.

London, 12. August. (B. L. W.) Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio: Das neue Kabinett ist gebildet worden. Der Premierminister Duma übernimmt das auswärtige Amt, Takeomi die Finanzen, Jiki das Innere, Kasundo Minura den Verkehr und Vizeadmiral Kato die Marine. — Die „Times“ meldet aus Tokio, daß die Neuordnung nur eine vorläufige sei.

Kriegsbekanntmachungen.

Einschränkung des Briefverkehrs nach dem nichtfeindlichen Auslande.

Zur zweckentsprechenden Durchführung der während des Krieges notwendigen militärischen Ueberwachung des Nachrichtenverkehrs mit dem Auslande ist es erforderlich, daß der Briefverkehr der offen auszuliefernden Privatbriefe nach dem nichtfeindlichen Auslande, mit Ausnahme der besetzten Teile Belgiens und Russisch-Polens, gleichviel ob die Briefe in deutscher oder in einer für den Briefverkehr nach dem Auslande gestatteten fremden Sprache abgefaßt sind, nicht über zwei Vogenseiten gewöhnlichen Briefformats (Quart) hinausgeht. Die Briefe dürfen keine Anlagen enthalten, in denen sich Nachrichten befinden, sie müssen ferner in deutlicher, ohne weiteres gut lesbare Schrift mit nicht zu engem Zeilenabstande geschrieben sein, auch dürfen keine Schriftzeilen über Schriftzeilen einer anderen Richtung quer hinweglaufen. Bei Geschäftsbriefen kann, wenn sie im übrigen den vorstehenden Bedingungen entsprechen, der Inhalt den Raum von zwei Vogenseiten überschreiten und die Befügung von Rechnungen, Preisberechnungen und dergleichen geschäftlichen Anlagen erfolgen. Zur Verpackung der Briefe nach dem Auslande dürfen nur Umschläge verwendet werden, die aus einer einfachen Papier- oder Stofflage, also ohne Futterlage aus Seidenpapier oder anderen Stoffen, hergestellt sind.

Bei Briefen, die den angegebenen Anforderungen nicht entsprechen, müssen die Absender damit rechnen, daß sie infolge der Erschwerung des Briefverkehrs mit mehrwöchiger Verspätung am Bestimmungsort eintreffen.

Bei dieser Gelegenheit wird besonders darauf hingewiesen, daß der Abfluß der nach dem Auslande gerichteten Briefsendungen sich naturgemäß um so regelmäßiger und pünktlicher gestalten wird, je geringer die Zahl der zu bearbeitenden Sendungen ist. Es ist daher wünschenswert, daß die Zahl der Privatbriefe nach dem nichtfeindlichen Auslande auf das unabweisbare Bedürfnis beschränkt werde.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Akt.-Ges. Tellus, Bergbau- und Hüttenbetrieb, verteilt für 1914/15 eine Dividende von 7 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahre.

Der Aufsichtsrat der Gladbacher Wollindustrie Aktiengesellschaft schlägt der Generalversammlung eine Dividende von 20 Proz. gegen 8 Proz. im Vorjahre vor. Abschreibungen und Rückstellungen sind als reichlich bezeichnet.

Die Aktiengesellschaft Stadberger Hütte schlägt die Dividende für das am 1. Juli abgelaufene Geschäftsjahr auf 10 Proz. gegen 2 Proz. im Vorjahre.

10 Proz. gegen 8 Proz. Dividende im Vorjahre verteilt die „Danja“ Hochseiferei Aktiengesellschaft in Hamburg.

Die Großmühlen an der Kriegskrippe.

Aus Hannover wird uns mitgeteilt: Durch die Kriegskäufe sind die großen Mühlen in Deutschland in unerwartete und andauernde günstige Verhältnisse gekommen. Sie sind durchweg voll beschäftigt, arbeiten gegen außerordentlich hohe Mählöhne und erzielen dementsprechend außerordentlich hohe Verdienste, die bereits oft manchem „schwerfällig“ gewordenen Betriebe wieder auf die Beine geholfen haben. Beispielsweise hat eine bekannte große Mühle in den hannoverschen Landen, die mit der neuen Unterbilanz von 900 000 M. in die Kriegszeit hinübersteuerte, sich bereits im ersten Kriegsjahre wieder völlig sanfter und es obendrein wieder zu einem erheblichen Vermögen bringen können. Die kleinen Betriebe haben allerdings keinen Anteil an dem „reichen Segen“, sie stehen größtenteils still und sind vielfach am Ende ihrer Existenzfähigkeit, obgleich es durch eine gleichmäßige Veranschlagung des gesamten Mäliergewerbes möglich wäre, auch die kleineren Betriebe mit Anlaß über die gegenwärtigen Zeiten hinwegzubringen. So ist man jetzt in entlegenen Gegenden gezwungen, das Getreide mit teuren Frachtkosten nach der zu gewiesenen großen Mühle zu schicken, um das nötige Mehl mit erneuter teurer Fracht wieder zurück zu erhalten. Derartige Liege sich vermeiden, wenn die Möglichkeit geschaffen würde, die Ausmahlung des Getreides in den zur Hand liegenden Mühlen vornehmen lassen zu können. Bei einigermaßen gutem Willen müßte dieses doch zu erreichen sein und man müßte es eigentlich nicht erst nötig haben, die maßgebenden Kreise an diese Möglichkeit zu erinnern.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Festsetzung der Löhne durch das Kriegsbekleidungsamt — Anarchie!

Welche rechtliche Grundlage hat die Festsetzung der Löhne durch das Kriegsbekleidungsamt? Diese Frage stellte in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission der Vertreter der Firma Richter u. Co. Magistratsrat v. Schulz erklärte hierzu: Die einzelnen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hätten sich verpflichtet, die vorgeschriebenen Löhne zu zahlen. — Der Vertreter: Mein Prinzipal spricht dem Kriegsbekleidungsamt das Recht ab, in dieser Weise die Löhne festzusetzen. Er habe nur für auswärtige Firmen geliefert, und die seien eine solche Verpflichtung nicht eingegangen. — v. Schulz: Die haben sich der Abmachung auch angeschlossen. — Der anwesende Major vom Kriegsbekleidungsamt: Alle Bekleidungsämter des Reichs sind vom Kriegsministerium verpflichtet worden, sich nach den Löhnen des Bekleidungsamts des Gardekorps zu richten.

In diesem Streitfalle handelte es sich um die Nachzahlung, die zwei Zwischenmeister für ihr Arbeitspersonal einforderten. Statt 6,90 M. waren für Infanteriemänner 6,20 M. bzw. 6,30 M. gezahlt worden. Der Vertreter der beklagten Firma führte weiterhin aus: Mein Prinzipal hält sich an diese Vereinbarung nicht gebunden und verweist auf den privaten Charakter derselben. Diese Vereinbarung entbehrt jeder Rechtsunterlage. Wenn das ginge, würde im Geschäftsleben eine völlige Rechtsunsicherheit eintreten. Der Kläger hat sich bereit erklärt, zu den gestellten Bedingungen die Arbeit zu übernehmen, es liegt kein Grund vor, diese Willenserklärung jetzt anzufechten. Auf den Quittungsformularen steht vorgeblich, daß keinerlei Nachforderungen mehr gestellt werden. — Major v. Eddorf vom Bekleidungsamt stellt demgegenüber fest: Die Firma Richter u. Co. gehört dem Verbande der Arbeitgeber an, und dieser hat sich den Bedingungen des Bekleidungsamts unterworfen. Juristisch hat die Firma die Pflicht erfüllt, aber nicht als Mitglied ihres Verbandes. — Hierauf erklärt der Vertreter der Firma: Wenn das ginge, so wäre dies gattung die Anarchie und ein Militärlieferant könnte dabei arm werden wie Hob. (!) Er habe das Vertrauen zu einem ordentlichen Gericht, daß es dem entgegenzutreten werde.

Kunze vom Schneiderverband: Es wäre ein Glück, wenn das vom Beklagten als Anarchie bezeichnete Verhältnis allgemein im Geschäftsleben Platz griffe, dann verschwände eine Anarchie, nämlich die der willkürlichen Lohnfestsetzungen, indem Firmen wie die Beklagte sich nicht um die festgesetzten Löhne kümmern. Sie war von vornherein verpflichtet, die von der Behörde festgelegten Löhne zu zahlen. Sie sagen: Sie kümmern sich nicht um die Abmachungen des Unternehmerverbandes, das ist Anarchie!

Die Schlichtungskommission beschloß nach längerer Beratung, Beweis zu erheben über folgende Fragen: Seit wann ist die

Firma Mitglied des Unternehmerverbandes? und was und wieviel haben die Klagen der Zwischenmeister geliefert?

In der nächsten Sache klagte die Arbeiterin A. gegen Ruhmann auf 2,70 M. Arbeitslohn. Der Beklagte dagegen forderte 1,10 M. Schadenersatz und machte geltend, daß die gelieferten Zellbahnen unvorrichtsmäßig gearbeitet seien. Die Frau behauptete, er habe sie bei der Ablieferung hinausgeschmissen, sie habe die Bahnen so wie verlangt gemacht, und überhaupt könne heute gar nicht mehr festgestellt werden, ob es ihre Bahnen seien. Nach erfolgter Beweiserhebung erkannte das Gericht: Frau A. hat an Ruhmann 1,10 M. gegen Aushändigung der Zellbahnen zu bezahlen. Dieselben sind unrichtig hergestellt, die Schuld trifft allein Frau A. Da Frau A. ihre Klage auf 2,70 M. zurückgezogen hatte, so war damit die Sache durch Urteil erledigt. Frau A. erklärte, sich hierbei nicht beruhigen zu wollen.

„Zeit Zeitungen!“ möchte man jenen Unternehmern und Zwischenmeistern zurufen, die wie vom Himmel gefallen dasitzen, wenn sie hören, daß es so etwas wie beherrliche Bestimmungen über Löhne gibt. Aber es hat doch zumal in der Zeitung gestanden! wird ihnen gesagt, und jedesmal erfolgt prompt die Antwort: „Ja, ich hab nichts gelesen.“ So hat ein Unternehmer, der auch „nichts gelesen“ hatte, an einzelne Arbeiter zuviel, an andere zu wenig gezahlt. Er mußte den Schaden tragen und im Vergleichswege zusammen 53,50 M. nachzahlen.

Ein Zwischenmeister muß einer Arbeiterin 60 M. im Vergleichswege nachzahlen, während er seine Vorderfirma auf diesen Betrag verklagen muß. „Wenn ich die 60 M. bekomme, zahle ich sie auch,“ sagt der Beklagte beim Abgehen.

Die Schneider laufen mir das Haus ein und bieten sich billig an.“ Mit diesen Worten begründete die Firma Goldenbaum u. Lichtenstein einen Lohnabzug gegenüber einer Zwischenmeisterin. „Mein Mann wurde zum Militär eingezogen und da hat mir die Firma die Pistole auf die Brust gesetzt und 6 M. geboten. Ich habe die Röcke dann für 7 M. übernommen,“ erzählte die Frau vor Gericht. Der Schneiderverband klagte gegen sie auf 172 M. Nachzahlung für eine Arbeiterin. Es kam eine Einigung zustande auf der Grundlage von 50 Proz. Doch wird die Firma regreßpflichtig gemacht werden.

Deutsches Reich.

Achtung, Bergarbeiter!

Laut Bekanntmachung der Oberbergbehörden müssen noch im Laufe des Monats August die Wahlen der Sicherheitsmänner auf einer Reihe von Zechen stattfinden. In den Monaten September und Oktober werden die übrigen Sicherheitsmännerwahlen vollzogen.

Die Sicherheitsmänner haben gerade jetzt, da infolge der Einberufungen zum Heere auch zahlreiche staatliche Kontrollbeamte ihrem Tätigkeitsgebiete entzogen sind, eine erhöhte Bedeutung als Kontrolleure der Betriebsverhältnisse. Dies um so mehr, weil nun

im Bergbau eine große Menge nicht oder ungenügend geschulter Arbeiter beschäftigt werden, wodurch sich natürlich die Unfallgefahren erhöhen.

Dazu kommt, daß die Sicherheitsmänner aus ihrer Mitte den Arbeiterausichuß zu wählen haben. Dieser hat gegenwärtig als Vertretung der Belegschaft in Lohnfragen, bei der Unterstützung der Arbeiterfamilien und unterstützungsbedürftigen Belegschaftsmitgliedern aus den Mitteln der Unterstützungskasse und der besonderen Sammelfonds sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Wir fordern darum die Belegschaften dringend auf, sofort geeignete Kandidaten für die Sicherheitsmännerwahlen aufzustellen und für eine recht starke Wahlbeteiligung Sorge zu tragen. Hierbei ersuchen wir, überall folgendes zu beachten:

Unter allen Umständen ist die Wahl von Zechenlandidaten (Selbe) zu verhindern! Daran haben die Arbeiter insgesamt, namentlich aber die gewerkschaftlich organisierten, ein hohes Interesse. Deshalb müssen die Mitglieder der vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände überall gemeinsam vorgehen und gemeinsam die Wahl von Zechenlandidaten verhindern.

Bei der Kandidatenauffstellung ist so zu verfahren, daß der bisherige Bestzustand der Verbände und die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen auf den betreffenden Zechen oder Schächten möglichst berücksichtigt wird. Das setzt natürlich auch voraus, daß bei der Wahlagitator der Burgfrieden zwischen den vier Verbänden gewahrt wird. Die Vorstände werden ihren Bezirksleitern Anweisung geben, in diesem Sinne zu vermitteln, damit eine Sträfzertersplitterung vermieden wird.

Wir bitten alle Kameraden, nun sofort die Wahlen tüchtig vorzubereiten und für einen allgemeinen Sieg der gewerkschaftlichen Kandidaten zu sorgen.

Mit kameradschaftlichem Glückwunsch!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.
Der Vorstand des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter.
Der Vorstand der Polnischen Berufsvereinigung.
Der Vorstand des Gewerkschafts der Bergarbeiter (S. D.)

Genosse Karl Eberhardt, der Redakteur der „Ameise“, des Verbandsorgans der Porzellanarbeiter Deutschlands, hat am 25. Juli auf dem Schlachtfeld in Polen den Tod gefunden. Im Jahre 1912 wurde Eberhardt an Stelle des Genossen Jülich Redakteur der „Ameise“. Nur wenige Jahre sollte er diese Tätigkeit ausüben. Der Krieg zwang auch ihn, die Feder mit dem Schwerte zu vertauschen, bis ihn am 25. Juli das Schicksal ereilte. Eberhardt stand im 46. Lebensjahre.

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Sowelt Vorrat!

Wurstwaren

Harte Motiwurst mit Knoblauch Pfd. 2.60
Zerelat- und Salamiwurst Pfund 2.30
Rollschinken 6-8 Pfd., schwer, Pfd. 2.55
Jagdwurst Pfund 1.80
Landleberwurst Pfund 1.40
Rotwurst Pfund 1.20 1.60

Salzfische

In ganzen Fischen ... Pfund 40 Pf.
Mittelstücke 45 Pf. Kopf- u. Schwanzstücke 35 Pf.

Fische

Kabeljau in ganzen Fischen ohne Kopf Pfund 40 Pf.
Seelachs 1. ganz. Fischen Pfd. 35 Pf.
Schellfische 2-4 Pfd. schwer Pfund 35 Pf.
Rotzungen Pfund 45 Pf.
Bratschollen Pfund 30 Pf.
Makrelen Stück 20 Pf.
Klippfisch 1. ganz. Fischen Pfd. 48 Pf.
Leb. Karpfen Pfund 1.10
Leb. Aale Pfund 75 Pf. bis 1.50

Freitag und Sonnabends

Kolonialwaren

Bananen-Mehl zur Bereitung von Speisen, Suppen usw. Pfund 60 Pf.
Maismehl Pfund 45 Pf.
Olympia-Bouillon-Würfel
Inhalt 10 Stück 20 St. 50 St. 100 St. 500 St.
Dose 32 Pf. 62 Pf. 1.50 2.90 14 M.
Globus-Suppen mit verschiedenem Geschmack. . . 2 Pakete 19 Pf.

Bowlenwein

einisch Pl. 1/2 Pl. bei 10 Pl.
Obermoseler 67 65 Pf.
Wormeldinger 77 75 Pf.
1911 Wintringer 85 82 Pf.
1912 Dürkheimer 72 70 Pf.
1912 Diedesfelder 80 77 Pf.
1912 Maikammerer 85 82 Pf.
Borsdorfer Apfelwein ... 38 36 Pf.
Rheinischer Apfelwein .. 44 42 Pf.
1910 St. Barbera 85 82 Pf.
1911 Les Bessannes 92 90 Pf.
1909 Castillonnais 1.15 1.10
1909 Moulis Medoc 1.25 1.20

Sowelt Vorrat!

Butter

Tisch- u. Tafelbutter Pfd. 1.98 u. 2.02
1/2-Pfund-Pakete .. 99 Pf. und 1.01
Holländ. Margarine Pfd. 1.15
Kunstspeisefett .. Pfund 1.25

Käse

Harzer Käse Klasse 100 Stück. 2.95
Holländer Käse .. Pfund 1.10
Faust- und Spitz-Käse .. Stück 10 Pf.

Geflügel

Gänse Pfund 1.20 u. 1.35
Junge Hühner St. 1 M. bis 1.90
Tauben Stück 65 u. 95 Pf.

Räucherwaren

Kieler Bäcklinge . Stück 10 Pf.
Ahlbecker Flundern Pfund 50 u. 65 Pf.
Geräucherter Schellfisch 2 Stück 35 Pf.
Geräucherte Aale . Band 55 Pf.
Sprottbäcklinge . Pfund 65 Pf.

Obst u. Gemüse

Rot-, Weiß-, Wirsingkohl Kopf 10 Pf.
Radieschen 6 Bund 10 Pf.
Treibhaus-Tomaten Pfund 35 Pf.
Gurken Stück 5, 8, 15 Pf.
Maiskolben 3 Stück 25 Pf.
Weiche Saftbirnen Pfund 15 Pf.
Salander-Birnen Pfund 15 Pf.
Zitronen per Dutzend 65 Pf. u. 85 Pf.
Williams-Birnen 2 Pfund 55 Pf.
Strudel-Aepfel 2 Pfund 45 Pf.
Kochäpfel Pfund 13 Pf.

Freitag und Sonnabends

Haushalt-Artikel

Feine Blumen-Fettseife St. 25 Pf. Blitzblank Scheuerpulver
Reine Kokosseife .. Riegel 35 Pf. 6 Pakete 38 Pf. 12 Pakete 75 Pf.
Pfefferminz-Zahnpulver Feinste Reisstärke Pfd. 58 Pf.
in Blechdosen 12 u. 16 Pf. Deutsche Zündhölzer 3 Pakete 95 Pf.
Hausseife grosses Stück 25 Pf. Norwegische Zündhölzer Paket 35 Pf.

Ständiger Verkauf!

Für Feldpostbriefe:

Rotweinwürfel kalt und warm zu lösen. Stück. 10 Pf.
Marmelade in Tüben, verschiedener Geschmack .. 75 Pf.
Labetrunk Zitronengeschmack, für 3 Gläser 25 Pf.
Sprudel Brauselimonade, Dtzd. 90 Pf.
Waldblütte auch ob. Wasser zu lösen. 1/2-Pfd.-Pak. 45 Pf. 1-Pfd.-Pak. 85 Pf.
Erfrischungs-Mundtabletten 50 Pf. 1 M.
Fruchtsuppen kalt auflösen 15 Pf.
Pudding verschiedener Geschmack 60 Pf.
Deutsch. Pfefferminzgelat Frischluft
1/2 Pfund-Brief 1 M.
in Wasser und auf Zucker zu genießen, lindert Kopfschmerzen, und desinfiziert Mund u. Zähne

Jägersalat
Delikateßsülze } Dose 85 Pf.
Fleischsalat
Schweinekopf in Wein-Gelée 95 Pf.
Feldpostbriefe mit Wurst in versch. Preislagen.

Zur

Hausschneiderei:

Ständiger Verkauf

Großes Lager von

Futterstoffen

in reichhaltiger Farbenwahl

Kurzwaren

Alle Sorten Näh-Utensilien, Knöpfe, Borten usw.

zu billigen Preisen

Ausgabe von

Ullsteins Schnittmustern

Politische Uebersicht.

Beschlüsse des Bundesrats.

In der Sitzung des Bundesrats vom 12. August gelangten zur Annahme: Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915, der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Schutz von Verurteilten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege, die Vorlage betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in den Betrieben, in denen Gespinnste, Gewebe oder Wirkwaren aus Baumwolle usw. hergestellt werden, und der Entwurf einer Bekanntmachung über die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung.

„Sicherheiten“.

Der Kaiser spricht in seiner Proklamation von den Sicherheiten, die uns der Krieg bringen muß. Der Reichsminister erwähnt die Sicherheiten. Die bürgerlichen Redner in der Reichstagsführung vom 29. Mai vertraten den Standpunkt, daß es ohne Sicherheiten nicht gehe. Im nationalliberalen Lager katapultiert man sich um die Sicherheiten. Kurzum: von Sicherheiten ist die Rede allenthalben, wohin wir hören in dieser unsicheren Zeit, und wenn demnächst das Parlament wieder zusammentritt, wird uns das Wort besonders häufig um die Ohren schwirren.

Kur sagt niemand so recht, was er eigentlich unter Sicherheiten versteht. Bei diesem und jenem mag der Grund für diese Zurückhaltung der sein, daß er es selbst nicht weiß, die meisten aber verzichten auf eine nähere Definition in der Erkenntnis, daß sie damit auf verbotenes Gelände kommen würden. Sie überlassen es dem geeigneten Hörer oder Leser, sich einen Reim auf die „Sicherheiten“ zu machen.

Aber da ist der Graf E. Reventlow, der in der „Deutschen Tageszeitung“ die große Politik macht. Das ist ein mutiger Mann. Er setzt sich hin und schreibt einen Leitartikel über das Thema. Man kann auch sagen: er nimmt die Balancierstange zur Hand und wagt sich auf das straffgespannte Seil.

Er fängt die Sache so an, daß er uns zunächst umständlich auseinandersetzt, was Sicherheiten nicht sind. Für die Beurteilung ihres Wesens müssen „alle formalen Faktoren internationaler Natur“ von vornherein ausgeschaltet werden. Solche formalen Faktoren aber sind Verträge und Bündnisse und Abmachungen aller Art, sind vor allem internationale Schiedsgerichte, die Revenflow einen „fremdlichen Unsinn“ nennt. Wer sich mit solchen Dingen beschäftigt, treibt Alotria, schafft keine Sicherheiten, sondern gefährdet sie.

Wer nicht ganz unbegabt ist, kann nun am Ende schon vermuten, was unter Sicherheiten verstanden werden soll. Aber der Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“ hält es doch für angebracht, deutlicher zu werden. Er versucht, auch etwas Positives zu sagen, selbst auf die Gefahr hin, daß er dabei an die Grenze des Möglichen gerät.

Man höre: Der Krieg hat die unermessliche Bedeutung gesammelt und organisiert verwendeter Volkskraft erwiesen. Die Vermehrung der Volkskraft ist der wichtigste Faktor künftiger Sicherheiten. Das Wachstum der Bevölkerung muß zielbewußt gefördert und organisiert werden. Das aber setzt den entsprechenden Raum voraus oder bedingt seine Schaffung.

Wer nun noch nicht weiß, was Sicherheiten sind, dem kann auch der Graf nicht helfen!

Kur das eine fügt er noch hinzu, daß auch andere als bevölkerungspolitische Erwägungen für die Schaffung von Sicherheiten sprechen, über die aber will er sich, oder vielmehr seinen Lesern ein Urteil nicht anmaßen, denn „zur Schaffung von Sicherheiten militärischer oder maritimer Art müssen und können allein die Fachleute den Rat geben“. Der Laie hat zu schweigen und darf höchstens die Forderung aussprechen, daß die Sicherheit für den Eintritt der denkbar ungünstigsten Umstände bemessen werde, da sonst diesem Kriege kein wirklicher Frieden folgen werde.

Das genügt einzuweisen, und nun handelt es sich höchstens noch darum, ob die anderen Stellen, bei denen das Wort „Sicherheiten“ im Kurs ist, der Definition Revenflows grundsätzlich folgen. Ist das nicht der Fall, so müssen sie sich ähneln. Doch darauf werden wir wohl vergebens warten!

Burgfriede und Kriegsziele.

Der „Badische Beobachter“ stellt in Nr. 354 angefaßt der Erörterungen in der nationalliberalen und konservativen Presse fest, daß „im Ernst kein Mensch mehr behaupten kann, daß in Deutschland noch Burgfriede herrsche“. Obwohl die Bepredung der Kriegsziele nicht freigegeben sei, habe die „Nat. Korr.“ Äußerungen getan, die selbst nach Freigabe der Erörterung unstatthaft seien. (Gemeint sind die bekannten Angriffe auf den Reichsminister.) Daß solche Artikel möglich sind, dafür hat das badische Zentrumsbüro „nur die eine Erklärung, daß die maßgebenden Stellen die Erfolge unserer Waffen in den letzten Wochen so hoch einschätzen, daß selbst weitgehende Auseinandersetzungen, die ja bei Besprechung der Kriegsziele nicht zu vermeiden sind, im Auslande keine politisch ungünstige Wirkung mehr für uns haben können. Wenn dem so wäre, dann würde sich darüber niemand mehr freuen, als wir. Dann gebe man aber auch die Diskussion über die Kriegsziele frei. Glaubt die Regierung dagegen, daß eine Besprechung der Kriegsziele noch Schaden könne, dann hat sie unserer Ansicht nach nicht nur das Recht, sondern die heilige Pflicht, dagegen einzuschreiten. Der jetzige Zustand ist unhaltbar.“

Zahlungen aus der Besoldung Kriegsgefangener oder Vermißter an Angehörige.

Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß den Angehörigen von Kriegsgefangenen oder Vermißten ein Teil der Besoldung bewilligt werden kann, die der Kriegsgefangene oder Vermißte zuletzt bezogen hat.

Die Bewilligung erfolgt:

1. soweit es sich um Gehaltsempfänger (Offiziere, Beamte usw.) handelt, durch die Division oder die im gleichen oder höheren Range stehende Kommandobehörde, der der Truppenteil des Kriegsgefangenen oder Vermißten untersteht.

2. soweit Löhnungsempfänger (Mannschaften vom Feldwebel abwärts) in Betracht kommen, durch das Bataillon, die Artillerieabteilung, das Kavallerieregiment usw.

Für die Angehörigen der Gehaltsempfänger darf das Gehalt bis zur Höhe von sieben Zehnteln bewilligt werden. Die Angehörigen der Löhnungsempfänger können die ganze Löhnung oder einen Teil davon erhalten.

Anträge auf Bewilligung dieser Zahlungen sind unter Angabe des Verwandtschaftsverhältnisses usw. und gegebenenfalls auch unter Beifügung einer Bescheinigung der Ortsbehörde über die Bedürftigkeit der Antragsteller sogleich nach Bekanntwerden der Kriegsgefangenschaft oder des Vermißtseins an den Feldtruppenteil zu richten.

Grundsätzliches zur Lebensmittelteuerung.

Unter dieser Ueberschrift befaßt sich der Herausgeber der auf dem Boden der Zentrumspartei stehenden Wochenschrift „Allgemeine Rundschau“, Dr. J. Abel (München), mit der Lebensmittelteuerung, die er als eine „wirtschaftliche und vaterländische Gefahr“ bezeichnet. Das Uebel sei im Grunde zurückzuführen „auf den ungezügelter Erwerbstrieb, auf jenen wirtschaftlichen Egoismus, der sich an keine Schranke ethischer, moralischer und sozialer Natur gebunden glaubt.“ Und doch, so fährt Dr. Abel fort, „sollten gerade in der heutigen Kriegszeit vor allem bei der Lebensmittelversorgung diese Momente nicht außer acht gelassen werden dürfen.“ Er nennt es ein Verbrechen, über die durch die verteuerten Umstände bedingte Preiserhöhung hinaus einen besonderen Kriegsgewinn zu beanspruchen in einer Zeit, wo Hunderttausende Familien infolge Einziehung oder Tod des Ernährers mit verminderten oder verjagenden Einnahmen zu rechnen haben. Der „reine Warencharakter der unentbehrlichen Lebensmittel“ könne in diesen Kriegzeiten nicht aufrecht erhalten werden; die Nahrungsmittel seien heute „eine kostbare Gottesgabe, die man nicht zum Gegenstand der Spekulation und Verreichung machen darf“. Stelle sich heraus, daß die Beteiligten oder einflussreiche Gruppen sich der Schwere ihrer Verantwortung, der Größe ihrer Pflichten nicht bewußt oder nicht gewillt seien, sie zu erfüllen, so erwache den Behörden die Aufgabe, ordnend einzugreifen. Dann schreibt Dr. Abel weiter („Allgemeine Rundschau“, Nr. 31, Seite 537):

„Nach Lage der Dinge wird sich dieser Eingriff auf eine Kontrolle des ganzen Weges vom Erzeuger bis zum Verbraucher zu erstrecken haben mit dem Ziele, das Angebot nach Menge und Zeit dem Bedarf anzupassen, die Preisbildung dem ausschließlichen Einfluß der allgemeinen Preisbildungsgründe zu entziehen, wenn nötig, amtlicher Festsetzung zu unterstellen; äußersten Falles werden Staat, Kommunen, wirtschaftliche Korporationen selbst die Verteilung in die Hand zu nehmen haben.“

Soweit gut. Man fragt sich bei der Lektüre des Artikels aber immer wieder, wie Herr Dr. Abel es begründen will, daß es zu normalen Zeiten stillschweigend und sozial zulässig sei, die unentbehrlichen Lebensmittel dem Spiel des Warenhandels auszuliefern und sie „zum Gegenstand der Spekulation und der Verreichung zu machen“.

Zur Lage der Arbeiterbevölkerung.

Die lebhaften Klagen über die durch die Teuerung hervorgerufene Notlage der Minderbemittelten beschränken sich keineswegs mehr auf die Arbeiterpresse. Vor allem auch in der Zentrumspreffe werden sorgenvolle Stimmen laut. So heißt es in einer Veröffentlichung der in Bonn erscheinenden „Deutschen Reichszeitung“ (Nr. 367):

„Eine Herabsetzung der Preise muß aber möglichst bald erfolgen, wenn nicht gerade der Arbeiterstand an Leib und Leben Schaden nehmen soll. Denn jeder, der Gelegenheit hat, wie Schreiber dieses, tagtäglich mit Arbeiterbevölkerung zu verkehren, wird beobachten, daß in diesen Familien eine Unterernährung deutlich wahrzunehmen ist. Diesen Leuten ist es nicht mehr möglich, die notwendigen Nahrungsmittel, nämlich Brot, Kartoffeln und Gemüse — an Fleisch ist nicht zu denken — in genügender Menge zu beschaffen. Die Preise sind einfach zu hoch. Vergleicht man die Preise, die gegenwärtig bezahlt werden müssen, mit denjenigen vor dem Kriegsbeginn, so ergibt sich, daß die jetzigen mindestens doppelt so hoch sind. Dabei ist noch der diesjährige Ertrag eher größer, als der des vorigen Jahres. Ferner ist zu bedenken, daß die Löhne der Arbeiter durchaus nicht gestiegen sind, sie sind eher noch während des Krieges zurückgegangen. Dazu sind in diesen Arbeiterfamilien die Arbeitskräfte im Kriegsdienst, und als Ersatz empfängt die Familie eine Unterstützung, die leider nicht so hoch bemessen werden kann, daß sie den Ausfall auch nur halbwegs deckt. Diese Arbeiterfamilien sind folglich in einer recht ählichen Lage. Sie können die notwendigen Nahrungsmittel nicht mehr in genügender Menge beschaffen. Die Volkskraft wird dadurch geschwächt, und deshalb müssen die Preise heruntergesetzt werden. Eine erhebliche Preisreduzierung können aber die Produzenten auch wohl ertragen. . . . Alle Stände werden von dem Krieg mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen, warum soll die Landwirtschaft allein durch den Krieg bereichert werden? Das dies geschieht, beweist die zutage tretende übergroße Kaufkraft der Landleute in den städtischen Warenhäusern.“

Aus der Partei.

Zum württembergischen Parteikonflikt.

Anläßlich der Beschwerden, welche der Vorstand des alten Stuttgarter Ortsvereins und der Vorstand des Wahlvereins für den Reichstagswahlkreis Göppingen-Gmünd gegen die vom Parteivorstand getroffenen Maßnahmen eingereicht hatten, wurde über die Einzelheiten des württembergischen Parteikonflikts in Sitzungen der Kontrollkommission verhandelt, die am 27., 28. und 29. Juli d. J. in Stuttgart stattfanden. Am Schluß der Verhandlungen beschloß die Kontrollkommission, den Beschwerdeführern folgenden Bescheid zu geben:

„Werte Genossen!

Aus den Verhandlungen über Ihre Beschwerde gegen den Parteivorstand haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß Sie die Bedingungen für eine Einigung, Bedingungen, die bisher die Einigung verhindert haben, nicht mehr in allen Punkten aufrecht erhalten und sonach zu neuen Einigungsverhandlungen die Möglichkeit bieten wollen. Wir haben daher beschlossen, die Entscheidung über Ihre Beschwerde vorläufig auszusetzen, und stellen Ihnen anheim, den Parteivorstand um die Einleitung neuer Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verständigung zu ersuchen. Mit Parteigrüß!

Die Kontrollkommission.“

Der Kreisvorstand für den Reichstagswahlkreis Göppingen-Gmünd hat sich, der Anregung der Kontrollkommission entsprechend, wegen neuer Einigungsverhandlungen zur Herbeiführung einer Verständigung an den Parteivorstand gewandt.

Einstellung der Berichterstattung.

Das „Volksblatt für Halle“ bringt folgende reaktive Mitteilung:

Verschiedene Parteioptionen (darunter Zeltow-Besikow-Charlottenburg) haben in diesen Tagen zu den Parteidifferenzen Stellung genommen und Resolutionen gefaßt. Wir haben leider nicht mehr die Möglichkeit, diese Entschlüsse den Genossen mitzuteilen — auch solche Stellungnahmen nicht, die die Kriegspolitik der Parteinstanzen billigen. Wir bitten unsere Leser, aus unserem Schweigen keine falschen Schlüsse zu ziehen.

Abg. Busold gestorben.

In Friedberg in Hessen ist der Landtagsabgeordnete Genosse Busold im Alter von 45 Jahren nach kurzer Krankheit verstorben. Busold, von Beruf Tischler, war in Hessen seit langen Jahren mit großem Eifer agitatorisch für die Partei tätig. Im Jahre 1910 wurde er an Stelle des verstorbenen Grafen Oriola in den Reichstag gewählt, wo er sich besonders bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung betätigte. Bei den Wahlen im Jahre 1912 unterlag er seinem nationalliberalen Gegner.

Aus den Organisationen.

Auf der Kreisversammlung des dritten Berliner Reichstagswahlkreises wurde eine Resolution angenommen, nach der sich die Funktionäre mit der bisherigen Haltung der Parteinstanzen in der Frage der Kreditbewilligung und dem Vorgehen gegen Genossen Haase nicht einverstanden erklären können.

Die Resolution fordert weiter, daß die Fortsetzung dieser Politik eine Unterbrechung der . . . bedeutet.

Die Resolution fordert weiter, daß den hohen Lebensmittelpreisen durch Beschlagnahme der Nahrungsmittel und Festsetzung mäßiger Höchstpreise entgegengetwirkt werde. Auch die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und die Verbormundung der öffentlichen Meinung soll aufgehoben werden.

Der erste Abiaz der Resolution wurde gegen sechs, der zweite gegen zehn und der dritte einstimmig angenommen.

Die politische Lage und unsere Partei waren Gegenstand der Beratungen zweier Kreisversammlungen im 6. Berliner Reichstagswahlkreise. Es kam zum Ausdruck, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei ein notwendiges Erfordernis unseres Vorwärtsschreitens sei, daß diese Einheit aber gegründet sein müsse auf unsere Grundzüge und auf die alte Parteitaktik, welche die Partei groß gemacht. Gemäß dieser Auffassung stellte sich die letzte Konferenz, die von 322 Funktionären besucht war, auf den Boden der Eingabe einiger hundert Genossen (vom 9. Juni) an Parteivorstand und Reichstagsfraktion sowie des Artikels von Haase, Bernstein und Kautsky: „Das Gebot der Stunde“ und forderte die Rückkehr zur altbewährten sozialistischen Taktik.

Bei der Abstimmung erhob sich nicht eine Hand gegen diese Entschlüsse.

Eine neue Verhaftung.

Am Sonnabend ist, nachdem schon zweimal ergebnislos gehäuselt worden war, Genosse Wolf in Döhlen in Untersuchungshaft genommen worden. Um welche Verhältnisse es sich dabei handelt, ist unbekannt. Wolf ist seit mehr als 30 Jahren als Vortragender im Planenschen Grund tätig. Seine beiden Söhne stehen im Felde.

Soziales.

Streit um die Tarifsöhne für Militärlieferausrüstung.

1. Gegen die Firma Stella-Berlag, die in ihrem Buchbindereibetriebe während des Krieges Tornister anfertigen läßt, klagten bei der Kammer 2 des Gewerbegerichts fünf Arbeiterinnen wegen Nachzahlung der Differenz zwischen den von der Firma gezahlten Löhnen und den im Reichstarif für Militärlieferausrüstung festgelegten Lohnsätzen. Die Klägerinnen verlangen Nachzahlung vom 1. März, dem Tage des Inkrafttretens des Tarifs, ab. Ein Vertreter des Buchbinderverbandes, der wegen dieser Angelegenheit mit dem Geschäftsführer der beklagten Firma verhandelt hat, versicherte vor Gericht, ihm gegenüber habe der Geschäftsführer versprochen, die Differenz vom 1. März ab nachzuzahlen. Ebenso bestimmt behauptete dagegen der Geschäftsführer, er habe Nachzahlung nur vom 1. April ab versprochen. An diesem Tage sei die Firma dem Tarifvertrage erst beigetreten. Für die vor dem 1. April liegende Zeit erkenne sie eine Verpflichtung zur Zahlung der Tarifsöhne nicht an. — Die Klägerinnen vertreten den Standpunkt, die Löhne müßten vom Tage des Inkrafttretens des Tarifs nachgezahlt werden. Das liege im Wesen des Tarifs und sei auch von der Schlichtungskommission so entschieden worden. — Der Vertreter der beklagten Firma erklärte sich zur Nachzahlung vom 1. April ab bereit und lehnte die weitergehenden Forderungen der Klägerinnen ab.

Nach der Beratung des Gerichts riet der Vorsitzende, Justizrat Marfise, sich mit dem Vorschlage der Beklagten einverstanden zu erklären. Die Kammer stehe auf dem Standpunkt, daß der Tarif nur für diejenigen bindend sei, die den vertragsschließenden Parteien angehören. Da die Beklagte am 1. April der einen Tarifpartei beigetreten sei, könne der Tarif für sie erst von diesem Tage ab gelten. Mindernde Kraft habe der Tarif nicht. Solange die Beklagte außerhalb des Tarifs stand, habe sie andere Vereinbarungen mit ihren Arbeitern treffen dürfen. Es würde nun darauf ankommen, ob die Beklagte versprochen habe, die Differenz vom 1. März ab nachzuzahlen. In dieser Hinsicht lasse sich nichts feststellen, da sich die Angaben der Zeugen gegenüberstehen.

Darauf verglichen sich die Parteien dahin, daß sich die Klägerinnen mit der Nachzahlung vom 1. April ab begnügen. Ihre Sprecherin erklärte, sie werde sich wegen der weiteren Differenz an die Herredverwaltung wenden.

2. Langwierige Erörterungen rief in einem anderen Falle die Frage hervor, ob die Kläger, die Anspruch auf Nachzahlung der Tarifsöldendifferenz erhoben, überhaupt zu den unter den Tarif fallenden Arbeitern gehören.

Die beklagte Firma Frey u. Co. behauptete, die Kläger seien bei ihr als Hausdiener tätig gewesen und hätten nur nebenbei gewisse Sattlerarbeiten verrichtet, sie hätten deshalb keinen Anspruch auf den für Sattlerarbeiten geltenden Tarif. Demgegenüber wurde festgestellt, daß die Kläger ihrer Tätigkeit nach zu den im Tarif erwähnten Hilfsarbeitern gehören und auf den Tariflohn derselben Anspruch haben. Nun entstanden neue Erörterungen über die Höhe des Lohnes. Die Beklagte behauptete, sie habe den Klägern bereits mehr als den Tariflohn der Hilfsarbeiter gezahlt und müsse also noch etwas herausbekommen. Auch diese Ansicht der Firma erwies sich als irrig, denn sie überfaß, daß im vorliegenden Falle nicht der Mindestlohn des Tarifs — es handelt sich um Zeitlohn — in Frage kommt, sondern die Bestimmung, daß vom 1. März ab auf alle damals tatsächlich gezahlten Löhne ein Zuschlag gezahlt werden mußte, der für Hilfsarbeiter 15 Prozent beträgt. Demnach war der Anspruch der Kläger berechtigt. Er wurde nach diesen Feststellungen von der beklagten Firma anerkannt.

Aus Groß-Berlin.

Vermehrung der Armenämter.

Die Armenverwaltung fasste in ihrer letzten Sitzung den wichtigen Beschluss, die Zahl der Armenämter erheblich zu vermehren; anstelle der jetzt bestehenden vier sollen in Zukunft 14 Ämter eingerichtet werden. Dieser Entschluss der Armenverwaltung ist von einschneidender Bedeutung.

Um eine Dezentralisierung der Geschäfte der Armenverwaltung herbeizuführen, wurde bereits im Jahre 1897 der Beschluss gefasst, Armenämter einzurichten. Die Erweiterung der Armenpflege und die starke Zunahme der Bevölkerung verlangten, dass Instanzen geschaffen wurden, um die Armenverwaltung und auch die Armenkommissionen zu entlasten. Rücksicht sollte aber auf die Selbstständigkeit der einzelnen Kommissionen genommen werden; namentlich sollte aber der Verkehr mit den hilfsbedürftigen Personen erleichtert werden. Die Gemeindebehörden beschlossenen damals, dass zunächst zwei Ämter versuchsweise für die Stadtteile Moabit und Gesundbrunnen-Wedding eingerichtet werden sollten.

Da sich diese Ämter durchaus bewährten, wurden in den Jahren 1909 und 1913 zwei weitere Armenämter im Osten und Südosten eingerichtet. Auch über die Tätigkeit dieser Ämter ist nur Vorteilhafteres zu berichten. Um nun das gesamte Stadtgebiet aufzuteilen, beabsichtigt die Armenverwaltung 14 Ämter einzurichten. Zu den Vorarbeiten hatte die Direktion einen Ausschuss eingesetzt; Stadtrat Dörflein erstattete den Bericht über dessen Verhandlungen. Jedem Amt würde ein Magistratsrat oder Assessor vorzustehen haben; diesem würden zwei Mitglieder der Armenverwaltung zugeteilt, um dort ehrenamtlich mitzuwirken. Namentlich habe dies in folgenden Angelegenheiten zu geschehen: Bei der Unterbringung von Kindern und Erwachsenen in Heim- und Heilanstalten, Ferienkolonien, Waldarbeiterkolonien, Nervenheilanstalten, Bädern; ferner bei der Bewilligung von Unterstützungen aus Wohltätigkeitsfonds, der Revision der Monatsberichte, Teilnahme an den Sitzungen der Armenkommissionen und Bezirksverhandlungen. Großer Wert sei weiter darauf zu legen, dass die Mitglieder der Armenverwaltung mehr wie bisher an der pflegerischen Bearbeitung der Unterstützungsfälle beteiligt würden. Von außerordentlicher Bedeutung aber sei die Bildung von Beschwerdeausschüssen für jedes Amt; hier könnten die einzelnen Mitglieder sehr segensreich wirken, wenn die Beschwerden so schnell als möglich geprüft und erledigt würden. Neben dieser Beteiligung an den Arbeiten der Armenämter bleibt die bisherige Tätigkeit bei den Beratungen der Direktion fast in vollem Umfange erhalten. Also gewiss ein reiches Arbeitsfeld, und doch fanden sich in der Versammlung einige Herren, welche sich der Durchführung widersetzen. Namentlich wurde auf die Entstehung von größeren Kosten durch Vermehrung der Beamten hingewiesen, und es sei gewiss Zeit zum sparen, auch die ehrenamtliche Tätigkeit würde weiter beschnitten und die Verwaltung an die Juristen ausgeliefert.

Von unieren Genossen wurde demgegenüber erwidert, dass man nicht bei den Ärmsten der Armen anfangen solle zu sparen. Fest stehe, dass durch die Einrichtung der Armenämter nicht nur den Hilfesuchenden, sondern auch den Kommissionsvorstehern und Pflegern wesentliche Erleichterungen geboten seien; diese seien in der Lage, jeden Augenblick das in ihrer Nähe gelegene Amt aufzusuchen und sich zu informieren und in besonderen Fällen mit dem Vorsteher des Amtes Rücksprache zu nehmen. Es sei endlich Zeit, dass Remedur geschaffen würde, namentlich sei die Einsetzung von Beschwerdeausschüssen schon jetzt dringend geboten, da es nicht anginge, dass oftmals berechnete Beschwerden erst nach zwei Monaten ihre Erledigung finden. Schließlich wurde die Einrichtung von 14 Ämtern prinzipiell beschlossen. Mit der Durchführung soll jedoch bis nach dem Kriege gewartet werden, da es zurzeit an Beamten mangelte und auch die Beschaffung geeigneter Räume Schwierigkeiten bietet. Ueber die Einsetzung eines Beschwerdeausschusses soll in der nächsten Sitzung verhandelt werden.

Preise für Geflügel und Wild nach Gewicht.

Der Polizeipräsident hat angeordnet, dass im Ortspolizeibezirk Berlin die Preise für Hasen, Kaninchen, geschlachtete Enten und Gänser auf dem vorgeschriebenen Ausgange (Preisstafel) nach Gewicht angegeben sind. Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft.

Verbrechen eines Wahnsinnigen.

In vergangener Nacht verübte ein Wahnsinniger im Hause Lütkestr. 18 ein schweres Verbrechen. Es wird darüber berichtet: Der Monteur Klein, der längere Zeit in einer Irrenanstalt untergebracht war, lebte in Unfrieden mit seiner Frau, die er häufig misshandelte. In der vergangenen Nacht kam es wieder zu Tätlichkeiten, worauf Frau K. in das Nebenzimmer zu ihrer dort wohnenden verheirateten Tochter flüchtete. Darauf ergriff Klein eine Kanne mit Benzol, ergoß es durch die Ritzen unterhalb der Tür des Nebenzimmers hindurch und brachte es zur Entzündung. Hierauf lief er zu einer anderen Tür, zertrümmerte sie und drang in das Zimmer ein, in dem sich die beiden Frauen befanden. Dort begoß er sie mit Benzol, das er entzündete, so daß die unglücklichen Frauen lichterloh brannten. Auf ihre Hilferufe drangen Leute in die Wohnung ein und suchten die Flammen zu ersticken. Insbesondere nahm man sich der beiden brennenden Frauen an, die in die Wohnung einer Nachbarin gebracht wurden. Die Feuerwehr war inzwischen eingetroffen und leistete den Unglücklichen die erste Hilfe. Mittlerweile war der Urheber des entsetzlichen Vorfalls verschunden. Man fand ihn schließlich in einem Gartenhause auf der obersten Bodentreppe blutend auf. Er hatte sich die Pulsadern aufgeschnitten und noch irgendeine giftige Flüssigkeit zu sich genommen. Alle drei wurden nach dem St. Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Dort sind die beiden Frauen inzwischen ihren schweren Brandwunden erlegen und auch der Täter erlag bald seinen Verletzungen.

Ein unseliger Entschluß.

Ueber ein Drama wird aus der Pasdualstraße 18 in Charlottenburg berichtet: Ein 22 Jahre alter Sanitätsfeldwebel Albert Strehmel erhielt fünf Tage Urlaub, weil seine 19 Jahre alte Frau geborene Wälfen ihrer Niederkunft entgegen sah. In der vergangenen Nacht kam das junge Paar auf den unseligen Gedanken, lieber gemeinsam aus dem Leben zu scheiden als sich wieder zu trennen. Nachdem der Mann einen Abschiedsbrief geschrieben und den Gashebel der Lampe geöffnet hatte, legte er sich zu Bett, um den Tod zu erwarten. In der Nacht um 1 1/2 Uhr wurden die Bewohner des Hauses, in dem sich auch das 13. Polizeirevier befindet, durch Hilferufe der Frau geweckt. Sie schrie, ob die Todesqual noch immer kein Ende habe, und dergleichen mehr. Jetzt muß Strehmel das

Beginnen wohl leid geworden sein. Er stand auf und öffnete die Fenster, brach dann aber zusammen. Die Revierpolizei ließ ihn nach dem Garnisonlazarett bringen. Seine Frau war so glimpflich davongelommen, daß sie zu Hause bleiben konnte. Gestern mittag wurde die Frau entbunden.

Das Oberkommando in den Marken veröffentlicht heute je eine Bekanntmachung, betreffend Veräußerungs- und Verarbeitungsverbot von reiner Schafwolle und rein schafwollenen Spinnstoffen, sowie betreffend Veräußerung, Verarbeitung und Beschlagnahme von Baumwolle, Baumwollabgängen und Baumwollgespinnsten.

Der Eisenerz Hindenburg von Berlin. Die Arbeiten des Kolossalstandbildes sind nunmehr in vollem Umfange in Angriff genommen. Es arbeiten 42 Holzbildhauer mit Tag- und Nachtsicht daran. Der Grundstein zu der gewaltigen Figur ist ebenfalls gelegt und zwar auf dem Königsplatz dort, wo die Siegesallee bei der Siegesallee endigt.

Kleine Nachrichten. Vor dem Hause Berliner Str. 104 in Pantow wurde der 12jährige Egon Müller beim Spielen von einem in der Richtung nach Niederschönhausen verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 49 umgestoßen. Er erlitt einen Bruch des rechten Unterarmes und erhielt von einem in der Nähe wohnenden Arzt einen Rotverband. — In der vorletzten Nacht gegen 1 Uhr fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 57 in der Luisenstraße in die falsche Weiche und stieß infolgedessen gegen den aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagen 2258 der Linie 51. Fünf Fahrgäste klagten über Schmerzen, konnten jedoch ihren Weg fortsetzen, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch genommen zu haben. Am Kriebwagen des Zuges der Linie 57 wurden zwei Stirnwandstöße gerammt.

Straßenperrung. Die Higgiststraße von der Rauchstraße bis zur Corneliusstraße mit Ausschluß der Kreuzdämme wird wegen Pflasterungsarbeiten vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverkehr gesperrt.

Aus den Gemeinden.

Die Wilmersdorfer Fisch- und Fleischhalle.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen der letzten Stadiverordnetenversammlung stand die städtische Fisch- und Fleischhalle. Sie verdankte diesen Vorzug einem Antrag der Freien Vereinigung, die eine Neuenfischablage und besonders einen Bericht über die Verwendung der Ueberschüsse gefordert hatte. Das Institut schwebt etatmäßig ein wenig in der Luft, da es, obwohl städtischer Regie unterstehend, einer eigentlichen Kontrolle durch die Stadtoberordnetenversammlung bisher entbehrt hat. Dieser merkwürdige Zustand findet eine gewisse Erklärung darin, daß der Magistrat und die Mehrheit der Stadtoberordnetenversammlung bisher stets den provisorischen Charakter der Einrichtung betonten, und daß der Magistratsdeputierter Stadtrat Steinborn das bei der Zusammenziehung des Wilmersdorfer Stadtparlaments bis zu einem gewissen Grade begriffliche Bedürfnis empfand, sich in seine Geschäftsführung möglichst wenig hineinreden zu lassen. So war die städtische Fisch- und Fleischhalle, wie es Genosse Dreitschmid in der Versammlung ausdrückte, obwohl sie Fisch und Fleisch verkaufte, selbst weder Fisch noch Fleisch.

Ob es nur rein etatmäßige Bedenken waren, die die aus recht verschiedenartigen Elementen zusammengesetzte Freie Vereinigung zu ihrem Vorstoß veranlaßte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls war in der Debatte der mittelfränkische und antisoziale Pferdefuß recht deutlich wahrzunehmen, und ein Artikel, den die „Wilmersdorfer Zeitung“ am Tage zuvor veröffentlicht hatte, und den der Oberbürgermeister als Bruch des Burgfriedens charakterisierte, ließ ebenfalls erkennen, daß es gewissen Reuten weniger darum ging, etatmäßige Klarheit zu schaffen, als ihr Rütchen an einer ihnen unbequemen, weil preisdrückenden, städtischen Wohlfahrtsanstalt zu fühlen.

Die Darlegungen des Stadtrats Steinborn erschröckten allerdings die Position dieser Gegner recht stark, denn aus ihnen ergab sich zunächst die große und ständig zunehmende Frequenz der Halle, die allein schon die Behauptung Lügen strafte, es werde dort, abgesehen von möglichen Einzelfällen, minderwertige Ware geliefert. Die Fleischhalle wurde im Jahre 1913 von 358 172 Käufern besucht, von denen im Durchschnitt jeder für 1,31 M. kaufte. Sie hatte einen Umsatz von 466 514 M., einen Bruttogewinn von 63 854 M. und einen Reingewinn von 22 047 M. Im Jahre 1914 stieg die Käuferzahl auf 389 455 und der Durchschnittsbeleg auf 1,36 M. Der Umsatz belief sich auf 539 553 M., der Bruttogewinn betrug 75 429 M., der Reingewinn 24 275 M. Die Fleischhalle, die erst am 1. Januar 1914 in städtische Regie kam, erzielte 1914 einen Umsatz von 166 558 M., der Bruttogewinn betrug 26 070 M., der Reingewinn 8872 M. Käufer hatte sie 311 286 aufzuweisen. Die auch von der „Wilmersdorfer Zeitung“ verbreitete Behauptung, es sei notwendig, größere Quantitäten verarbeiteten Fleisches beiseite zu schaffen, bezeichnete der Magistratsvertreter als erfunden und erlogen.

In der Debatte hatte nun keiner von den grundsätzlichen Gegnern des Instituts den Mut, seine Aufhebung im gegenwärtigen Moment zu fordern; alle erkannten vielmehr die Notwendigkeit seines Bestehens gerade in dieser Zeit an und beschränkten sich in der Hauptsache auf das Verlangen seiner Beseitigung nach dem Kriege. Den rüchstündigsten Standpunkt nahm dabei der Stadtoberordnete Heinrich ein, der eine Rede vom Stapel ließ, die selbst bei seinen eigenen Freunden eine ablehnende Heiterkeit hervorrief. Er suchte den Magistrat mit dem Hinweis auf die prinzipielle Zustimmung, die der sozialdemokratische Redner zum Ausdruck gebracht hatte, graulich zu machen. Diese Zustimmung, so meinte er, müsse doch zu denken geben und beweise, daß die Stadt auf der tiefsten Ebene sei.

Etwas sachlicher waren schon die Ausführungen des ebenfalls der Freien Vereinigung angehörenden Stadtoberordneten Heene mann, der die Ergebnisse einer auf eigene Faust unternommenen Enquete über den Einfluß der städtischen Fleischhalle auf die wirtschaftliche Lage der Fleischermeister vortrug. Er versicherte, daß etwa 25 Fleischermeister im alten Stadtteil von Wilmersdorf genügend gewesen seien, ihre Läden zu schließen; aber er mußte sich fügen lassen, daß seine Ziffern in keiner Weise beweiskräftig seien, und er gab am Ende auch selbst zu, daß sie der Nachprüfung bedürftig, und daß sich unter seinen bankrotten Fleischermindestens eine gewisse Anzahl befänden, die nicht der Fleischhalle zum Opfer gefallen seien.

Die Liberalen billigten das Prinzip der städtischen Fleischhalle und hatten auch im einzelnen keinerlei Beschwerden vorzubringen. Was das Grundsätzliche anbelangte, schloß sich Genosse Dreitschmid dieser Auffassung an, aber er forderte doch nachdrücklich stärkere Garantien für die Kontrolle durch die Stadtoberordnetenversammlung. Er spendete dem Stadtrat Steinborn für das Bemühen, der Bevölkerung wichtige Lebensmittel zu einem einigermaßen erschwinglichen Preise zu vermitteln, alle Anerkennung und betonte, daß das Interesse einiger ortsanfässigen Gewerbetreibenden sich unter allen Umständen der Notwendigkeit unterordnen müsse, die Gesundheit und Lebenskraft der Masse der Bevölkerung zu erhalten. Unser Redner verhehlte andererseits aber auch nicht, daß gewisse Schwierigkeiten in den selbstherrlichen Reigungen des Stadtrats Steinborn lägen. Vor allem ging dann Genosse Dreitschmid auf die Angelegenheiten der Fisch- und Fleischhalle ein und legte an der Hand der Einstellungsbedingungen im einzelnen dar, wie ein Institut, das vom sozialpolitischen Bureau reffortiert und soziale Zwecke verfolgt, seinen Angestellten gegenüber die elementarsten sozialpolitischen Rücksichten vermissen läßt. So ist die Verwaltung der Halle beispielsweise bemüht, den dort angestellten Verkäuferinnen den Charakter als Handlungsgehilfinnen nach Möglichkeit abzusprechen, um sich auf diese Weise sowohl um die sechsöchige Kündigung wie um die Angestellten-

versicherung zu drücken. Man müsse verlangen, daß die Halle nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozialpolitisch mustergültig arbeite. Vom Magistratsrat wurde auf diese Mittelungen, die man in der ganzen Versammlung mit lebhaftem Interesse ausgenommen hatte, nicht geantwortet, aber auch der Stadtoberordnete Dr. van der Borgh (Freie Vereinigung) bezeichnete — die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Forderungen vorausgesetzt — die angeführten Zustände als unbillig. Man darf nun gespannt sein, ob der Magistrat Veranlassung nimmt, die Angestelltenverhältnisse einer Revision zu unterziehen.

Zu vorgerückter Stunde wurde der Magistrat dann noch beauftragt, Schritte zu ergreifen, um eine Verbilligung der Obst- und Gemüsepreise durchzuführen. Er wird zunächst den Versuch machen, dieses Ziel in gemeinsamer Arbeit mit den Kleinhändlern zu erreichen.

Aus aller Welt.

Brandkatastrophe in einer Sprengstoffabrik.

Wolffs Telegraphisches Bureau verbreitet nachstehende Meldung: Berlin, 11. August. In der Sprengstoffabrik Reinsdorf bei Wittenberg hat gestern ein Brandunglück stattgefunden, dem leider auch eine Anzahl Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Eine militärische Bedeutung hat das Vorkommnis nicht, da der Betrieb keine Unterbrechung erleidet. Die Ursachen sind noch nicht festgestellt.

Familiendrama in Fürstenwalde.

In Fürstenwalde an der Spree hat am Mittwochmorgen der auf Urlaub befindliche Sanitätsfeldwebel Otto Görddorf seine Ehefrau mit dem Dienstreisender erschossen. Grund zu der Tat war maßlose Eifersucht des G. Nach der Tat versuchte sich G. durch einen Schuß in den Mund selbst zu töten, verletzte sich aber nur schwer und wurde nach Anlegung eines Rotverbandes in das Reservelazarett in Fürstenwalde gebracht. Die Leiche der Frau wurde polizeilich beschlagnahmt. Zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren sind von der Mutter des Mannes aufgenommen worden.

Ein neues Abwehrmittel gegen Unterseeboote.

„Zeit Parisien“ meldet aus Turin: Der italienische Ingenieur Guarini hat einen Apparat erfunden, welcher dazu dient, die Richtung der von Unterseebooten abgeschossenen Torpedos augenblicklich zu verändern und die Torpedos zur Explosion zu bringen, bevor sie ihr Ziel erreichen.

Drei Kinder von einer Handgranate zerrissen. In Jisuri (Kasch) fanden Kinder eine Handgranate und spielten damit. Das gefährliche Spielzeug explodierte und zerschlug die beiden Knaben des Schützenwärters Gutmann sowie einen dritten Spielgenossen.

Ein gefährlicher Scheckwindler ist in Halle verhaftet worden. Es handelt sich um einen Postbeamten R. aus R. in Thüringen, der seine Sachkenntnis nach einem raffinierten Vorstudium dazu benutzte hatte, Schecks in großem Umfange zu fälschen. Zur Ausführung seines Vorhabens hatte er auch je zwei Wohnungen in Halle und Leipzig gemietet, um unter Dedressen unauffällig seine Pläne durchzuführen. Er führte stets eine geladene Drowningpistole und eine Kiste mit gestohlenen Pfeffer mit sich. Außer einem falschen Bart trug er bei der Ausführung seiner Verbrechen auch einen Mantel, der doppelseitig und in verschiedener Farbe gearbeitet war, so daß er sich schnell verwandeln und unkenntlich machen konnte. Bis jetzt sind dem Verbrecher Scheckfälschungen in Höhe von 200 000 M. nachgewiesen worden. In seiner thüringischen Wohnung wurde ein großer Kasten mit Fälschungsmaterialien beschlagnahmt.

Jugendveranstaltungen.

Steglich-Friedenau. Freitag, den 13. August 1915, im „Reim“: Fragekastenabend. — Sonntag, den 15. August: Tagespartie nach dem Ecktorer See. Die Kosten betragen 60 Pf. Umarmung vom „Jugendheim“, Amieppofstr. 59, früh 6 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. a. G.) Hamburg. Filiale Treptow-Baumischulenweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 14. August, ebenfalls von 8 1/2 bis 10 Uhr, im Lokal von Volkram, Glentstr. 101 (Ecke Riefholstraße), fassiert wird.

Der Gesangsverein Oberkassowelder Liedertafel veranstaltet am Sonntag, den 15. August, im Restaurant „Blumengarten“ ein großes Gartenkonzert zum Besten der im Felde stehenden Vereinsmitglieder. Da der Verein stets bei Arbeiterfestlichkeiten mitgewirkt hat, so wird ein recht zahlreicher Besuch der Arbeiterfestlichkeit erwartet.

Der Arbeiterverein Weihenfele veranstaltet am Sonnabend, den 14. August, abends 7 1/2 Uhr, in der Gemeindegewerkschaftshalle, 23, ein öffentliches Turnen sämtlicher Abteilungen, wozu die Arbeiterfest Weihenfele hierdurch eingeladen wird. Der Eintritt ist frei.

Der Arbeiterverein Pantow veranstaltet am Sonnabend, den 14. August, sein erstes diesjähriges Schauturnen in der Turnhalle der 7. Gemeindegewerkschaft, Kaiser-Friedrich-Straße. Anfang Punkt 8 1/2 Uhr. Nach dem Turnen: Gemütliches Beisammensein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, paterne, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl, als Rechtszeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsunterstützung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Einer, dem Druckerzwänge durchsichtig ist. Sie scheinen nach 13 Monaten Krieg noch nicht zu wissen, daß es eine Zensur in Deutschland gibt. — G. 100. Wenn Zeugen dafür vorhanden sind, daß der Mann die Drohung ausgesprochen hat, die Briefe heranzuschleppen, so könnte Anzeige wegen Erpressung bei der Staatsanwaltschaft gemacht werden. — G. G. 28. Das Aufgehört erfolgt nur am Wohnort. — H. B. 74. Den Buchstaben kennen wir nicht; er kann nicht richtig wiedergegeben sein. Die Zahl bedeutet: Revolverkennung. — G. R. 95. Die Zahlung erfolgt monatlich im Voraus. Eine einmalige Abfindung gibt es nicht. — Max 23. Jr. 1. Kein. 2. Daran kann er nicht gebündelt werden. Das Unterhaltungsgehalt von 20 M. erscheint zu niedrig. Durch Gerichtsbeschluß könnte der Vater verpflichtet werden, erheblich mehr zu zahlen. 4. Kein. 5. Bis zu sechs Monate Gefängnis. 6. Ja. — W. 401. 1. Frau und Kind erben allein. 2. Ja. — W. G. 3301. Kein. — W. W. 11. 9. Kein. — J. D. Bureau des Jugendsekretariats: Lindenstr. 3, 4. Hof 3. Jr. Sprechzeit 9-5 Uhr, Mittwoch 9-1 und 5 1/2-8 1/2 Uhr. — B. 10. 1. Ja. 2. Das können wir mit Bestimmtheit nicht sagen. 3. An Deutsche außerhalb noch an Oberst Hauptmann. Wie viel die jetzt im ganzen, ist leider nicht bekannt. — J. 217. Darüber müssen Sie sich beim Arzt Rat holen. — P. P. 135. Die Reihenfolge der gemündeten Daten ist 3, 4, 5. August. — G. G. 16. Setzen Sie sich zunächst schriftlich mit dem Herrn Direktor der Höheren Technischen Lehranstalt der Stadt Berlin, Berlin N 65, Döllinger Str. 37, in Verbindung. Dort dürfen Sie die gemündete Auskunft erhalten. — J. R. 75. Da dort keine Steuer und kein Zoll auf dieselben Artikel liegt, war das von hier dort eingeführte Produkt tatsächlich billiger als bei uns. Der Preis schwankte je nach den Markverhältnissen. — P. P. Freiberger. Diese Adressen erfahren Sie beim Reichstagsabgeordneten Adolf Hoffmann, Berlin O 27, Blumenstr. 22. — W. R. 22. Wenden Sie sich an das Jahrgangliche Institut der Königl. Universität, Amalisenstr. 87-89. — W. G. 97. Die Meldung ist zulässig. Ob mit Erfolg, läßt sich von hier aus nicht sagen. Von Ihrer ersten Meldung wurde der Mitteilung dort machen. — R. G. 17. 1. Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband, Engländer 13, 2. Ob dies zutrifft, ist uns leider nicht bekannt. — G. 2. Fahrensleiterfrage. Ja. Postal V am Reichstagsgebäude können Karten bestellt werden. — G. 2618. Ausschreibung des Kriegsministeriums, Dorotheenstr. 48. — W. 4. Diese Einrichtung ist getroffen, um ungleichen Andrang zu vermeiden. Völlig ist nicht Ihnen dadurch geholfen, daß Sie einen Antrag an das Bureau stellen auf Vorzug für die hinausgehobene Zeit. — Gml. Krankenpflegerinnenvereine am Krankenhaus Moabit, Turmstr. 21. — H. G. 100. 1. u. 2. Privatfrage können wir nicht emblemen. Wenden Sie sich an das Bureau der Handwerkerchule, Andreestraße 1-2. — P. R. 202. Die neuesten Bestimmungen darüber erfahren Sie beim Hauptpolizeiamt, Alt-Moabit 145.